

Prof. Dr. L. Zimmermann



DER

*seine geistigen,  
wirtschaftlichen  
und politischen  
Zielsetzungen*

IMPERIA-  
LISMUS

# Quellen-und Arbeitshefte zur Geschichte und Gemeinschaftskunde

Herausgegeben von Oberstudiendirektor Dr. H. Körner, Göttingen  
und Prof. Dr. H. Tümmler, Essen

Prof. Dr. Ludwig Zimmermann

## **Der Imperialismus seine geistigen, wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen**

Zur Ergänzung empfehlen wir:

- |      |                |  |
|------|----------------|--|
| 4251 | Rothermund, D. | Der Freiheitskampf Indiens             |
| 4247 | Bauer, W.      | China, Vom Kaiserstaat zum Kommunismus |
| 4253 | Neander, I.    | Der Panslawismus                       |
| 4237 | Angermann, E.  | Der Aufstieg der USA 1607-1914         |

Ernst Klett Verlag Stuttgart

## Vorbemerkungen

In der folgenden Sammlung wird der Versuch unternommen, den Imperialismus als die für das Zeitalter der Weltkriege ausschlaggebende wirtschaftliche und politische Bewegung in ihren geschichtlichen Zusammenhängen durch eine Auswahl von Quellenstücken faßlich zu machen. Es kann sich dabei nicht darum handeln, die äußeren Vorgänge der Begründung und Machtausdehnung der Imperien mehr zu berücksichtigen, als zum Verständnis ihres Wesensgefüges erforderlich ist. Es handelt sich vielmehr darum, die geistigen, ethischen und politischen Zielsetzungen der imperialistischen Mächte sowie die Kräfte, die sie hervorgebracht und die Formen, in denen sie sich je nach der natürlichen und geschichtlichen Lage der betreffenden Völker ausgeprägt haben, zur Anschauung zu bringen.

Die Schwierigkeiten, die sich der notwendigen Vereinfachung eines so weitschichtigen und verwickelten Fragenkreises entgegenstellen, liegen auf der Hand. Sie sind durch die Überfülle der Quellen und die Raumbeschränkung bedingt. Darauf ist es zurückzuführen, daß nur die für die europäische Geschichte wesentlichsten Hauptvertreter des Imperialismus berücksichtigt wurden. Aus Raumnot konnte auch keine Rede davon sein, hier eine Literaturgeschichte des Imperialismus zu skizzieren, so gern das Freunde geistesgeschichtlicher Betrachtung gesehen hätten. Vielmehr mußte man in dieser Auswahl vor allem die Männer zu Worte kommen lassen, die Politik machten und in der für diese Politik so wichtigen Wirtschaft sich betätigten. Die zeitliche Abgrenzung ist so zu verstehen, daß trotz der Aktualität der hier behandelten Fragen der Abstand gewahrt werden muß, der für eine ernsthafte Behandlung der Zeitgeschichte Voraussetzung ist.

Ludwig Zimmermann

## Begriffsbestimmung

*„Imperialismus“ war zunächst ein schillerndes Schlagwort für den politischen Tageskampf, das erst im Laufe der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts eine bestimmte Bedeutung im Sinne einer politischen Theorie und der Ausbildung eines entsprechenden Programms annahm. In seinem heutigen Gebrauch wurde das Wort in den Auseinandersetzungen der britischen Parteien über die Kolonialpolitik geprägt. Die „Imperial Federation League“ (seit 1884) machte die Leitgedanken des Imperialismus volkstümlich. Dieser Bund entstand aus einer Protestbewegung englischer, kanadischer und australischer Politiker gegen die Gefahren der Auflösung, die dem Empire angeblich durch die Gleichgültigkeit der freihändlerischen liberalen Regierungen gegen die Kolonialinteressen*

drohten. Die Anhänger der Liga forderten dagegen den engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß des Mutterlandes mit den Gliedstaaten und Kolonien des Weltreiches.

In diesem Streit offenbarte sich bereits die enge Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Triebkräfte und Beweggründe, die zum Wesen des Imperialismus gehören. Er ist eine Erscheinung des Spätliberalismus. Er steht am Ende jener geistigen, politischen und sozialen Befreiungskämpfe, die der Geschichte des vorigen Jahrhunderts das Gepräge geben. Im engeren Sinne ist er ein Kind der sog. „industriellen Revolution“ und des Maschinenzeitalters. Dieses Zeitalter wurde bestimmt durch den Siegeszug der Technik, die Ausbildung des hochkapitalistischen Industriearrappats, der Massenproduktion und der Kapitalanhäufung. Dadurch wurde in allen Industrieländern, aber auch in den sog. unentwickelten Gebieten, die mit ihnen im Wirtschaftsverkehr standen, eine soziale Umwälzung größten Stils hervorgerufen. Träger der Entwicklung wurde die großbürgerliche Unternehmerschicht, die nach völliger Freiheit und Selbstbestimmung strebte. Aber sie hätte ihre Ziele der Liberalisierung des Staates und der Wirtschaft nicht erreichen können, wenn nicht auch die besitzlosen Massen der Bevölkerung vom Drang zur persönlichen Freiheit ergriffen worden wären, die sie in der Industriegewirtschaft zu finden hofften.

Eingeleitet wurde die Ausbildung der Industriegewirtschaft durch die Bauernbefreiungen, die den Fabriken die freien Arbeiter lieferten, und durch ein erstaunliches Bevölkerungswachstum, das zu der modernen Völkerwanderung vom Lande in die Städte, insbesondere die Großstädte, führte. Sie wurden die Hauptstützpunkte der Arbeiterbewegung, die für die Entwicklung des Imperialismus ebenso bedeutsam wurde wie der Liberalismus. Dieser schuf mit seinem Programm der Wirtschaftsfreiheit und dem System des Freihandels, das den Bedürfnissen des britischen Industriestaates angepaßt war, die Voraussetzungen für den Hochkapitalismus, der nach und nach auch die Länder des Festlandes ergriff. Unter seiner Wirkung vollzog sich der Ausbau der Weltwirtschaft, der eine Parallelercheinung des Imperialismus ist. Dabei ist hervorzuheben, daß bei dieser Entfaltung neuer Wirtschaftskräfte die Anhänger der Freihandelslehre mit jenen Wirtschaftsführern und Politikern im Wettbewerb standen, welche die „nationalen Produktivkräfte“ mit Hilfe von Schutzzöllen und einer ausgleichenden Sozialpolitik entwickeln wollten.

Natürlich lenkte die Arbeiterbewegung bald in diese Bahnen ein. Als der Marxismus ihre maßgebende Gesellschaftslehre wurde, deuteten seine radikalen Vertreter den Imperialismus als „jüngste

*Etappe des Kapitalismus<sup>1</sup>, der die Weltrevolution folgen sollte. Es ist klar, daß der Imperialismus eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft zur Voraussetzung hat. Man darf ihn jedoch, wie das Beispiel des Zarenreiches zeigt, nicht ohne weiteres mit dem sog. Monopolkapitalismus der von der Hochfinanz beherrschten Weltwirtschaft gleichsetzen. Betrachtet man vielmehr das entwickelte Zusammenspiel von triebhaften, geistigen und wirtschaftlichen Kräften, das den Imperialismus hervorruft, so kann man sein Wesen so umreißen: „Imperialismus ist eine zugleich geistige und politische Bewegung mit dem Ziel einer Reichsgründung durch die Ausdehnung nationaler Herrschaft und Wirtschaftsmacht über einen Raum, der die Grenzen des betreffenden Nationalstaates überschreitet und fremde Völker dem Reichsverbände zu unterwerfen oder einzugliedern versucht.“ (Hashagen.)*

## Erster Teil: Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen des Imperialismus im Spiegel der Statistik

Die Landflächen und Bevölkerungszahlen der imperialistischen Hauptmächte<sup>1</sup>

I		Mutterland		Abhängige Gebiete	
		Landfläche (in qkm)	Einwohner	Landfläche (in qkm)	Einwohner
England	1881	314 951,01	34 505 043	22 136 848	257 297 855
	1899	314 628	38 104 975	27 781 167	347 365 572
	1909	314 869	45 015 429	29 557 192	349 007 158
Rußland	1881	5 045 784	72 522 900	16 604 396	15 439 170
	1899	5 389 985	106 234 358	16 760 951	24 647 469
	1909	5 377 444	125 343 500	16 654 283	26 665 800
Frankreich	1881	528 577	36 905 788	526 586	5 590 304 <sup>2</sup>
	1899	536 408	38 517 975	3 792 687	44 734 592
	1909	536 464	39 252 267	5 947 779	42 745 875
Deutsches Reich	1881	539 816,18	45 194 177		
	1899	540 657,6	54 324 000	2 600 330	9 353 000
	1909	540 777	60 641 278	2 657 204	12 398 612
Vereinigte Staaten	1881	9 272 449	50 152 559		
	1899	9 210 430	74 389 000	324 046	7 916 371
	1909	9 420 670	85 817 239	306 366	8 651 102

<sup>1</sup> Die Tabelle ist berechnet nach O. Hübner-Juraschek, Geographisch-statistische Tabellen aller Länder, auf die für Aufgliederungsaufgaben verwiesen sei.

<sup>2</sup> Wegen Mangels an Angaben sind Kambodscha, ein Teil der Goldküste u. versch. Inseln im Stillen Ozean nicht mitgerechnet.

## Bevölkerungsentwicklung und Berufsgliederung <sup>3</sup>

2

	Zahnjahr	Gesamtbö- kerung in Mill.	in Prozenten						
			Land- und Forstwirtsch.	Industrie und Bergbau	Handel und Verkehr	Armee, Marine	Öffentlich. Dienst und freie Berufe	Häusliche Dienstboten	Sonstige Er- werbstätige
Deutsches Reich	1895	51,77	37,5	37,4	10,6	2,8	3,6	6,1	2,0
	1907	61,72	35,2	40,0	12,4	2,3	3,9	4,5	1,7
Frankreich	1896	38,27	44,3	33,6	8,7	2,6	5,3	4,8	0,2
	1901	38,45	41,8	35,5	9,5	3,0	5,2	4,9	0,1
England	1891	37,73	15,0	49,7	11,3	1,0	5,0	11,0	7,0
	1901	41,46	12,7	52,8	13,1	1,1	5,6	9,4	5,3
Vereinigte Staaten	1890	62,62	38,0	24,1	14,6	0,1	4,0	19,2	—
	1900	76,30	35,9	24,1	16,3	0,4	4,3	19,0	—

### Ausweitung der Produktion

#### a) Steigerung der Steinkohlenförderung (in Millionen Tonnen) <sup>4</sup>

3

	1860	1890	1900	1910	1913
England	149,00	184,50	228,80	268,70	292,00
Deutsches Reich	47,00	70,20	109,30	152,80	191,50
Frankreich	19,40	26,10	33,40	38,35	40,80
Vereinigte Staaten	42,832	111,302	212,316	417,111	—

#### b) Steigerung der Erzeugung von Eisen und Stahl <sup>5</sup>

	1880		1890		1900		1910	
	Eisen	Stahl	Eisen	Stahl	Eisen	Stahl	Eisen	Stahl
England	7,873	3,730	8,031	5,301	9,103	5,981	10,172	7,613
Deutsches Reich	2,729	1,548	4,658	3,164	8,521	7,372	14,794	13,149
Frankreich	1,725	1,354	1,962	1,407	2,714	1,935	4,038	2,850
Verein. Staaten	3,840	1,250	9,200	4,280	13,790	10,190	27,300	26,090

<sup>3</sup> Nach W. Gerloff, Veränderungen der Berufsgliederung in der kapitalist. Wirtschaft: Volkswirtsch. Zeitfragen, Bd. 32 [1910], S. 61 f.

<sup>4</sup> J. H. Clapham, The Economic Development of France and Germany. Cambridge 1923, S. 281. Die Zahlen für die USA sind entnommen aus: The Encyclopedia Americana, Bd. 7 (1951), S. 149.

<sup>5</sup> Clapham, S. 285.

Ausdehnung des Welthandels

a) *Ausfuhr der vier bedeutendsten Wirtschaftsmächte* <sup>6</sup> (in Millionen £)

4	Im Durchschnitt der Jahre					Zu- nahme in %
	1880-84	1885-89	1890-94	1895-99	1900-04	
England	234,3	226,2	234,4	239,6	289,2	23
Deutsches Reich	155,4	153,5	155,1	184,4	239,6	54
Frankreich	138,3	132,3	136,8	144,3	168,8	22
Vereinigte Staaten	165,4	146,2	184,7	212,6	292,3	76

b) *Ausfuhr und Einfuhr dieser Mächte 1900-1905*

	Ausfuhr		Zu- nahme in %	Einfuhr		Zu- nahme in %
	1900	1905		1900	1905	
England	291,2	330,0	13	523,1	565,3	8
Deutsches Reich	230,5	279,2	21	288,3	336,5	17
Frankreich	164,3	192,0	16	188,0	190,6	1
Vereinigte Staaten	285,6	316,4	11	173,0	232,8	34

Tonnengehalt der Handelsflotten in Brutto-Reg.-Tonnen <sup>7</sup>

5	1899	1890	1905
England	7 149 134	9 688 088	17 009 720
Deutsches Reich	982 355	1 433 413	3 564 798
Frankreich	1 072 048	944 013	1 728 038
Vereinigte Staaten (im Überseeverkehr)	1 516 800	946 695	2 649 411

Ausbau des Eisenbahnnetzes <sup>8</sup>

6	1899	1909
Europa	223 869 km	329 691 km
Amerika	313 417 km	513 824 km
Asien	33 724 km	99 436 km
Afrika	9 386 km	33 481 km
Australien	18 889 km	30 316 km

<sup>6</sup> Schulze-Gaevernitz, *Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jhdts.* (1906), S. 260 ff.

<sup>7</sup> ebenda, 287.

<sup>8</sup> B. Harms, *Probleme der Weltwirtschaft VI* (1912), S. 138. — Im Jahre 1868 hatte das Eisenbahnnetz der Erde eine Länge von 106 886 km 1875 von 294 000 km erreicht.

## Zweiter Teil: Die Haupttypen des Imperialismus

### I. Der britische Imperialismus

#### Das Sendungsbewußtsein

Das britische Sendungsbewußtsein wurzelt im Puritanismus, jener religiös-revolutionären Bewegung, die es unternahm, Staat und Gesellschaft nach den Grundsätzen der reinen Lehre einzurichten. Aus dieser Lehre stammt der Glaube, daß alle englischen Staaten als Horte der Freiheit einzurichten seien und daß das englische Volk als der Nachfolger Israels dazu auserwählt sei, die unmündigen Völker zu beschützen und zur Selbstbestimmung zu erziehen. Zu dem Grundgedanken der Auserwähltheit gehört der andere, daß das Volk sich in den Werken und Kämpfen dieser Welt als Werkzeug Gottes zu bewähren hat. Nach der glorreichen Revolution und der Ausbildung der konstitutionellen Monarchie drangen dann der Empirismus und Naturalismus der Aufklärung in diese religiöse Grundhaltung ein. Aus der Vermischung der religiösen und aufklärerischen Denkmotive entstand schließlich der Moralismus, der die politische Ideologien der Angelsachsen in der Folgezeit kennzeichnen sollte.

J. Seeley über den Sinn der britischen Ausbreitung, 1883:

**7** In welcher Richtung und nach welchem Ziele ist der englische Staat vorwärtsgeschritten? Die Worte, die als Antwort gleich auf unsere Lippen kommen wollen, sind Freiheit und Demokratie! ... Wenigstens während des 19. Jahrhunderts ist diese Tendenz deutlich genug, denn das 18. sah nur den Anfang zu Freiheit und Demokratie. Und diese Tendenz fesselt unsere Aufmerksamkeit am stärksten, weil sie lange Zeit hindurch das Hauptthema der politischen Diskussion gebildet hat. Doch die Geschichtsschreibung sollte die Dinge in größerer Perspektive sehen. Wenn wir uns in einem kleinen Abstände hinstellen und mit dem Blick dem Fortschreiten der großen politischen Organisation des englischen Staates, des englischen Volkes während der letzten Jahrhunderte folgen, dann muß uns eine andere Veränderung viel mehr ins Auge springen — eine Veränderung, die nicht allein größer, sondern auch viel auffallender ist ... Ich meine die einfache auffallende Tatsache, daß der englische Name sich über andere Teile der Erde verbreitet hat. Ein größeres Britannien ist gegründet worden.

Es liegt etwas sehr Charakteristisches in der Gleichgültigkeit, die wir gegen diese gewaltige Erscheinung — die Ausbreitung unseres Volkes und die Expansion unseres Staates — an den Tag legen. Es hat beinahe den Anschein, als ob wir die halbe Erdkugel in einem Anfall von Geistesabwesenheit erobert und bevölkert hätten ...

Wir müssen aufhören zu denken, daß Auswanderer, wenn sie in die Kolonien gehen, England verlassen und für England verloren sind. Wir müssen aufhören zu denken, daß die Geschichte Englands die Geschichte des Parlaments ist, das in Westminster tagt, und daß Angelegenheiten, die dort nicht erörtert werden, nicht zur englischen Geschichte gehören können. Wenn wir uns gewöhnt haben, das ganze Imperium zusammen zu betrachten und alles England zu nennen, werden wir sehen, daß hier ebenfalls Vereinigte Staaten sind. Hier ist ebenfalls ein großes gleichartiges Volk, eins in Blut, Sprache, Religion und Gesetzen, aber über einen grenzenlosen Raum verstreut. Allerdings hat es nichts, wenn es auch durch starke moralische Bande zusammengehalten wird, was eine Verfassung genannt werden kann, kein System, was fähig scheint, einem harten Anprall zu widerstehen. Wenn man aber geneigt ist zu zweifeln, ob ein System erdacht werden kann, fähig, so weit voneinander entfernte Gemeinschaften zusammenzuhalten, dann ist es Zeit, sich an die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika zu erinnern . . .

Dieselben Empfindungen, die ausgedehnte politische Vereinigungen möglich machen, wirken dahin, daß Staaten von den alten Größenverhältnissen unsicher, bedeutungslos und solche zweiten Ranges werden. Halten die Vereinigten Staaten und Rußland noch fünfzig Jahre zusammen, so werden am Ende dieser Zeit solche alten europäischen Staaten wie Frankreich und Deutschland ganz zwerghaft erscheinen und in die zweite Klasse hinabsinken. Dasselbe wird mit England geschehen, wenn England am Ende dieser Zeit noch immer sich einfach für einen europäischen Staat hält. . . Ist dies nicht eine ernste Erwägung? Und zwar ganz besonders für einen Staat wie England, der im gegenwärtigen Augenblick in seiner Hand die Wahl zwischen zwei Richtungen des Handelns hat, von denen die eine es in jener künftigen Zeit auf dieselbe Höhe mit den größten jener großen Staaten der Zukunft bringen kann, während die andere es auf das Niveau einer rein europäischen Macht herunterbringen wird, die, wie jetzt Spanien, auf die großen Tage zurückblickt, wo es den Anspruch erhob, ein Weltstaat zu sein.

Das Größere Britannien ist im gewöhnlichen Sinne gar kein Reich. Blicken wir allein auf die kolonialen Bestandteile, so sehen wir ein natürliches Wachstum, eine rein normale Ausdehnung der englischen Rasse nach anderen Ländern hin, die größtenteils so dünn bevölkert waren, daß unsere Ansiedler ohne Eroberung von ihnen Besitz ergriffen. Wenn bei solcher Ausdehnung nichts besonders Ruhmvolleres ist, so ist gleichzeitig auch nichts Gezwungenes oder Unnatürliches dabei. Sie schafft nicht eigentlich ein Reich, sondern nur einen sehr großen Staat. . .

Aber das, was ich hier sage, bezieht sich nicht auf Indien. Wenn England und seine Kolonien zusammen, genau genommen, kein Reich, sondern nur einen großen Staat ausmachen, so ist dies, weil die Bevölkerung durchweg englisch ist und die Einrichtungen von derselben Art sind. In Indien ist die Bevölkerung ganz fremd, und die Einrichtungen sind den unsrigen ganz ungleich. Indien ist wirklich ein Reich (Empire), und zwar ein orientalisches Reich . . .

*J. Seeley, The Expansion of England. London 1883*

Aus einer Rede Benjamin Disrealis (später Earl of Beaconsfield), 1872:

**8** Es ist uns allen bewiesen worden, daß wir durch unsere Kolonien Geld verloren haben. Es ist mit genauer, mit mathematischer Beweisführung gezeigt worden, daß nie ein Juwel in der Krone Englands kostspieliger war, als der Besitz Indiens gewesen ist. Wie oft ist vorgeschlagen worden, daß wir uns von diesem Alpdruck auf einmal befreien sollten! Gut, dieses Ergebnis war nahezu erreicht. Als diese spitzfindigen Ansichten vom Lande unter dem einleuchtenden Vorwand, den Kolonien eine Selbstverwaltung zu gewähren, angenommen wurden, da glaubte ich selbst, daß das Band zerrissen sei. Nicht, daß ich etwas gegen die Selbstverwaltung einzuwenden hätte, ich kann nicht begreifen, wie unsere entfernten Kolonien ihre Angelegenheiten anders als durch Selbstverwaltung geordnet haben könnten.

Aber als die Selbstverwaltung gewährt wurde, hätte sie als ein Teil einer großen Politik der Reichskonsolidierung zugestanden werden sollen. Sie hätte begleitet sein müssen von einem Reichszolltarif . . . und von einem Militärgesetz, das genau die Mittel und Beitragsanteile zu bestimmen gehabt hätte, durch die die Kolonien verteidigt worden wären, und durch die nötigenfalls England von den Kolonien hätte Hilfe fordern können. Sie hätte ferner begleitet sein müssen von der Einrichtung einer repräsentativen Versammlung in der Hauptstadt, die die Kolonien in dauernde und ununterbrochene Beziehungen zu der heimischen Regierung gebracht hätte. All das wurde verabsäumt, weil diejenigen, welche diese Politik anrieten, Englands Kolonien, ja sogar unsere Verbindung mit Indien als eine Last für unser Land ansahen, weil sie alles unter finanziellen Gesichtspunkten betrachteten und jene moralischen und politischen Erwägungen ganz vernachlässigten, welche Nationen groß machen. . . Was ist nun das Ergebnis dieses Versuches des Liberalismus, das Reich zu zerstückeln, gewesen? Er ist völlig mißlungen. Aber wieso ist er mißlungen? Durch die Sympathien der Kolonien für das Mutterland. Sie haben entschieden, daß das Reich nicht zerstört werden soll; meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine

Pflicht tun, der irgendeine Gelegenheit vernachlässigt, unser Kolonialreich soviel als möglich wieder aufzubauen und jene fernen Sympathien zu erwidern, die die Quelle von unberechenbarer Kraft und Glück für dieses Land sein können.

*F. Salomon, Die britische Reichsbildung 1869—1925, Teubners Quellensammlung II, Nr. 131, 2. Aufl., S. 2 f.*

Aus einer Ansprache Joseph Chamberlains, 1887:

**9** Als ich auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten durch England reiste, und dann wieder, als ich die Grenzen des Dominion (von Kanada) überschritt, da prägte sich mir bei jedem Schritt ein Gedanke ein, der unzerstörbar auf der Stirn dieses weiten Landes geschrieben steht: der Gedanke von der Größe und Bedeutung des Geschicks, das der angelsächsischen Rasse vorbehalten ist, diesem stolzen, ausdauernden, auf seinem Recht bestehenden und entschlossenen Geschlecht, das kein Wechsel des Klimas oder der Lebensbedingungen verwandeln kann, und das unfehlbar bestimmt ist, die herrschende Rasse in der zukünftigen Geschichte und Zivilisation der Welt zu sein. Es wird gesagt, daß der Patriotismus zu Hause beginne. Ich bin ein Engländer, ich bin stolz auf das alte Land, aus dem ich stamme . . . Aber ich würde unseren Patriotismus für eingeschrunpft und verkrüppelt halten, wenn er nicht auch das größere Britannien jenseits der Meere umfaßte, wenn er nicht die jungen und kräftigen Nationen einschloße, die über die Weltkugel hinweg die Kenntnis der englischen Sprache und der englischen Liebe für Gesetz und Freiheit tragen, und, meine Herren, mit diesen Gefühlen weigere ich mich, von den Vereinigten Staaten von Amerika als von einer fremden Nation zu sprechen und zu denken. Wir sind alle derselben Rasse und desselben Blutes . . . Wir können mit Bezug auf alle diese Völker, die älteren und die jüngeren Nationen sagen: Unsere Vergangenheit ist die ihre, ihre Zukunft ist die unsere.

*Ebenda, S. 9 ff.*

Cecil Rhodes, *Draft of Ideas*. (Oxford 1877)

**10** Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es um so besser für die menschliche Rasse ist, je mehr von der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jeder Acker, der unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht . . . Die Förderung des britischen Weltreiches, um die ganze zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, die Wiedergewinnung der Vereinigten Staaten, um die angelsächsische Rasse zu einem einzigen

Weltreich zu machen. Was für ein Traum! Aber dennoch ist er wahrscheinlich. Er ist möglich.

Da [Gott] offenkundig die englisch sprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben. Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, daß das, was er gern von mir getan haben möchte, ist, so viel von der Karte von Afrika britisch rot zu malen als möglich und anderswo zu tun, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.

*The Last Will and Testament of C. J. Rhodes, hrsg. von W. T. Stead (1902), S. 57 f. und 97 f.*

#### Lord Milner über das Wesen des Imperialismus, 1913:

**11** Der Imperialismus hat die ganze Tiefe und den Umfang eines religiösen Glaubens und hat in noch höherem Maße eine moralische Bedeutung als eine materielle. Er hat mit Gebietserweiterung sehr wenig zu tun und gar nichts mit dem Interesse am „Rotanstreichen der Welt“, die schon rot genug angestrichen ist. Der wirkliche Imperialismus ist die Frage des Fortbestandes der Einigkeit, des Zusammenhalts bei einem großen Volke oder einem Völkerbund. Pax Britannica ist eine unentbehrliche Vorbedingung zur Aufrechterhaltung zivilisierter Verhältnisse innerhalb des fünften Teiles des Menschengeschlechts.

*Nach einem Artikel von Sidney Low in der „Fortnightly Review“ vom 1. Juli 1913*

#### Spielarten des Imperialismus

##### Lord Rosebery über liberalen Imperialismus, 1888:

**12** Ich erinnere mich, einmal wurde ich verhöhnt (von Mr. Jesse Collings); er sagte, ich sei „liberaler Imperialist“. Gut, wenn dies meine Schande ist, so rühme ich mich meiner Schande; den „liberaler Imperialismus“ schließt in sich: 1. die Aufrechterhaltung des Reiches, 2. die Öffnung neuer Flächen für unsere überschüssige Bevölkerung, 3. die Unterdrückung des Sklavenhandels, 4. die Entwicklung der missionarischen Unternehmungen, 5. die Entwicklung unseres Handels, der ihrer so oft bedarf.

Seit 1868 ist das Reich in sprunghaftem Wachstum. Das ist vielleicht nicht ein Prozeß, den jeder mit ungemischter Genugtuung

beobachtet. Es gibt zwei Schulen, die mit einiger Sorge das Wachstum unseres Reiches betrachten. Die eine besteht aus jenen Nationen, welche etwas spät auf den Schauplatz treten und finden, daß Großbritannien einige der besten Gebiete bereits abgesteckt hat ... Aber es gibt noch einen andern Grund, aus dem die Ausdehnung unseres Reiches stark angegriffen wird ... Man sagt, daß unser Reich bereits groß genug sei und keiner Ausdehnung bedürfe. Das würde wahr genug sein, wenn die Welt elastisch wäre, aber unglücklicherweise ist sie nicht elastisch, und wir sind augenblicklich dabei, ... Ansprüche für die Zukunft darzutun. Wir haben ... Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geformt werden kann, den angelsächsischen und keinen andern Charakter erhalte.

*Aus einer Ansprache Lord Rosebery's vom 1. März 1888. Salomon, S. 7*

Joseph Chamberlain über sozialen Imperialismus. Aus einer Ansprache 1889:

**13** Ich habe keine Sympathien mit jenen Leuten, die zu denken scheinen, daß die erste Pflicht, die ein Patriot seinem Vaterlande schuldet, ist, es in Stücke zu brechen. Ich wünsche, die Bande enger zu knüpfen, welche uns mit verwandten Rassen verbinden und mit den Nationen, die unsere Herrschaft anerkennen. Und obgleich ich niemals einen Weg zu irgendeinem praktischen Plan eines Reichsbundes gesehen habe, glaube ich dennoch, daß diese Idee nicht ganz und gar über die Reichweite eines Staatsmannes hinausgeht. Ich halte es für richtig und geboten, daß wir ihn im Auge behalten und daß wir nichts tun sollten, um ihn zu verhindern, daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun sollten, um ihn zustande zu bringen; und als erster Schritt zu solch großem Vorhaben bin ich überzeugt, daß die Vervollkommnung unserer Mittel zur gegenseitigen Verteidigung im Vordergrund steht.

*Aus einer Ansprache in Birmingham vom 25. Januar 1889. J. L. Garvin, The Life of Joseph Chamberlain II, S. 467*

Aus Reden Joseph Chamberlains, 1887:

**14** Das Reich, um einen berühmten Ausspruch zu parodieren, ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf dem Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren ... Glaubte mein ehrenwerter Freund, daß wir anders als durch den gigantischen Außenhandel, der durch diese Expansionspolitik geschaffen worden ist, irgendwie in diesem Lande existieren könnten? ... Glaubte er, daß wir auf diesen schmalen Inseln 40 Millionen Menschen unterhalten könnten ohne den Handel, durch den ein großer Teil unserer Bevölkerung seinen Lebensunterhalt erhält? ...

Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden.

Wenn der Arbeiter seine eigenen Interessen recht versteht, wird er niemals den Doktrinen jener Politiker irgendwelche Unterstützung gewähren, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um Verachtung auf die braven Engländer zu häufen, die sogar in diesem Augenblick im Begriff sind, in allen Weltteilen neue Besitzungen für Britannien abzumessen, neue Märkte für den britischen Handel zu eröffnen und freie Felder für die britische Arbeit herzurichten . . . Ist es nicht so sicher, wie wir hier sitzen, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unsern Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die als erste Tat ihrer Politik dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? . . . Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft . . . ausgeschlossen wurden.

*Aus Reden, die 1887 gehalten wurden. Salomon, S. 8 f.*

### **Umbau des Empire und Entwicklung zum Commonwealth**

Aus den Beschlüssen der Kolonialkonferenz zu Ottawa, Juni 1894:

**15** In Anbetracht, daß Bestand und Fortschritt des britischen Reiches am besten durch eine immer engere Verknüpfung der Kolonien mit dem Mutterlande gesichert werden können und durch das fortwährende Wachsen praktischer Sympathie und Mitarbeit an allem, was das gemeinsame Wohl betrifft, und in Anbetracht, daß diese Mitarbeit und Einheit auf keine Weise wirksamer zu fördern sind als durch die Pflege und Ausdehnung des gegenseitigen und nutzbringenden Austausches ihrer Produkte, wird beschlossen:

a) Die Konferenz spricht ihre Überzeugung aus, daß ein Zollabkommen zwischen England und seinen Kolonien ratsam ist, durch welches der Handel innerhalb des Reiches vor dem mit fremden Ländern begünstigt wird.

b) Solange das Mutterland es nicht für möglich hält, ein Zollabkommen mit seinen Kolonien zu treffen, ist es wünschenswert, daß diese — oder diejenigen unter ihnen, die dazu geneigt sind — Maßregeln ergreifen, um gegenseitig ihre Produkte ganz oder teilweise vor denen anderer Länder zu begünstigen.

c) Für die Zwecke dieser Resolution gilt der südafrikanische Zollverein als Teil des Gebiets, das in die beabsichtigten Handelsabkommen einbezogen werden kann.

*Salomon, S. 12*

Ansprache des Kolonialsekretärs Chamberlain an die Premierminister der Dominions, Juni 1902:

**16** Wir bedürfen Ihres Beistandes bei der Verwaltung des weiten Reiches, welches das Ihrige so gut wie das unsrige ist... Wenn Sie bereit sind, zu irgendeiner Zeit irgendeinen verhältnismäßigen Anteil an den Lasten des Reiches zu nehmen, so sind wir bereit, Ihnen mit irgendeinem Vorschlag entgegenzukommen, um Ihnen eine entsprechende Stimme in der Politik des Reiches zu verschaffen. Es sind Vorschläge gemacht worden, den Kolonien eine Vertretung in einem oder in beiden Parlamentshäusern zu geben; es besteht grundsätzlich kein Widerspruch dagegen... Ich habe aber immer gemeint, die praktischste Form, um unser Ziel zu erreichen, sei die Einrichtung eines wirklichen Reichsrates (Council of the Empire), dem alle Reichsangelegenheiten zu übertragen wären. *Salomon, S. 14*

Entschließung der Konferenz des Reichskriegskabinetts, 20. 3. bis 2. 5. 1917. Nachdem Lloyd George Premier geworden war, regte er sofort an, die Gliedstaaten zu Rate zu ziehen und sie auf diese Weise zu veranlassen, noch größere Ansternungen für die gemeinsame Kriegführung zu machen als bisher. Dem entsprach die Heranziehung der Dominions zur Konferenz im Frühjahr 1917.

**17** Die Zeit ist gekommen, daß die Entwicklung der Reichshilfsquellen auf jede mögliche Art ermutigt werden und besonders das Empire unabhängig von anderen Staaten gemacht werden sollte in Bezug auf Lebensmittelversorgung, Rohstoffe und lebenswichtige Industrien. Mit diesen Zielen vor Augen spricht sich die Konferenz aus zugunsten

1.) des Prinzips, daß jeder Teil des Empire unter der gebührenden Berücksichtigung der Interessen unserer Verbündeten den Erzeugnissen und Fertigwaren aus anderen Teilen des Empire Vorzugsbehandlung und Erleichterung gewährt,

2.) von Vorkehrungen, durch welche Leute, die auszuwandern beabsichtigen, dazu veranlaßt werden können, sich in Ländern unter der britischen Flagge niederzulassen...

Die Reichskonferenz ist der Meinung, daß die Regelung der verfassungsmäßigen Beziehungen der Bestandteile des Reiches untereinander ein zu wichtiger und heikler Gegenstand ist, um während des Krieges behandelt zu werden; sie muß den Gegenstand einer sobald wie möglich nach Schluß der Feindseligkeiten zu berufenden Reichskonferenz bilden. Die Dominions erachten es indessen für ihre Pflicht, als ihre Ansicht festzustellen: die Regelung soll so beschaffen sein, daß sie bei Aufrechterhaltung der bestehenden Selbstregierung und vollständigen Kontrolle der inneren Angelegenheiten

auf eine volle Anerkennung der Dominions als autonomer Nationen eines „Imperial Commonwealth“ und Indiens als eines wichtigen Teiles desselben gegründet ist. Das Recht der Dominions und Indiens auf eine gleichberechtigte Stimme in der Außenpolitik und in den auswärtigen Beziehungen ist anzuerkennen; wirksame Vorkehrungen sind zu treffen für eine ständige Beratung in allen wichtigen gemeinsamen Reichsangelegenheiten und für das nach der Beratung von den verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Handeln.

*D. Lloyd George, War Memoirs IV, S. 1761 ff.*

### Verfassungsentwicklung des Empire zwischen den Weltkriegen.

**18** Durch die selbständige Rolle, welche die Dominions auf der Friedenskonferenz gespielt hatten, wurde ihr „Dominion-Status“ noch weiter gestärkt. So traten sie auch dem Völkerbund als selbständige Mitglieder bei. Die Reichskonferenz von 1921 offenbarte jedoch, daß sie kein Interesse daran hatten, im Sinne der Resolution von 1917 eine förmliche Verfassung des Commonwealth zu beschließen. Durch den Abschluß des Vertrags, der Irland das seit langem umkämpfte Home Rule gewährte, wurde das Bild des Reiches als „einer formlosen Allianz autonomer Staaten“ weiter geklärt; aber die Reichskonferenz von 1923, auf der die Dominions den Frieden von Lausanne (mit der Türkei) annehmen und zur Lösung der brennenden europäischen Fragen beitragen sollten, zeigte wiederum, daß sie keine Lust hatten, in europäische Fragen verwickelt zu werden. Die britische Regierung mußte deshalb anerkennen, daß es jedem Parlament der Gliedstaaten freistehen solle, zu entscheiden, ob und in welchem Maße man dem Mutterlande im Falle eines Krieges Hilfe gewähren wollte.

Die Versuche, zu einer gesetzlichen Regelung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den Dominions zu kommen, blieben deshalb erfolglos. Immerhin wurde ein wesentlicher Fortschritt auf der Reichskonferenz von 1926 erzielt. Sie nahm den Bericht eines Ausschusses an, der unter dem Vorsitz von Lord Balfour getagt und folgende Grundsätze aufgestellt hatte:

„Sie (die Dominions) sind autonome Gemeinwesen innerhalb des britischen Empire, gleich im Status, in keiner Weise einander untergeordnet hinsichtlich ihrer inneren oder auswärtigen Angelegenheiten, obgleich vereinigt durch eine gemeinsame Bindung an die Krone und in Freiheit verbunden als Glieder des „British Commonwealth of Nations“. 1931 erhielt der Balfour-Bericht dann Gesetzeskraft. Er wurde so erläutert, daß das britische Parlament auf sein Gesetzgebungsrecht bezüglich der Dominions verzichtete, es sei denn, daß ein Dominion einen Gesetzesantrag direkt einbrächte. Die Verfassung des britischen Reiches war damit auf das Prinzip freiwilliger Mitgliedschaft und Solidarität gestellt.

*Zusammenfassung nach: The Encyclopedia Britannica, Bd. IV, 14. Aufl., S. 181 ff.*

## II. Der russische Imperialismus

### Das Sendungsbewußtsein

Durch Natur und Geschichte ist Rußland zwischen Europa und Asien gestellt. Für die Ausbildung seines Sendungsbewußtseins wurde die Stellung Moskaus als der Sitz des Patriarchats (seit 1599) für alle orthodoxen Slawen grundlegend. Soweit sie unter türkischer Herrschaft, der Herrschaft der Ungläubigen, leben mußten, setzten sie ihre Hoffnungen auf den Zar – Befreier. Diese Hoffnungen wurden durch den Sieg über Napoleon, der das russische Selbstbewußtsein gewaltig stärkte, beflügelt. Um den Kern der Missionsidee des Zaren als des Schutzherrn der orientalischen Christen bildete sich in ständiger Auseinandersetzung zwischen den alt-russischen Ideen vom orthodoxen Herrschertum und den vom Westen eindringenden Fortschrittsideen des Liberalismus die Ideologie des Panslawismus aus.

Schöpfer dieser allslawischen Bewegung waren die romantisch gestimmten Slawophilen, die „das Erwachen der slawischen Völker“ mit den Mitteln der Kulturpropaganda förderten und von einem großen Bund aller slawischen Staaten träumten. Den wichtigen Schritt zur Umwandlung dieser rein geistigen in eine moderne imperialistische Bewegung vollzog dann um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Moskauer Geschichtspräsident Pogodin. Er entwarf das Programm der Vereinigung aller Slawen in einem Reiche unter russischer Führung. Die nationalistische Verschärfung dieser Richtung führte dann in der 70er Jahren zum Panrussismus. Die letzte Variante des Panslawismus wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Neuslawismus. Er wollte das durch die Revolution von 1905 geschaffene konstitutionelle Rußland an die Spitze der zur Selbstbestimmung strebenden westslawischen Völker stellen und suchte im Weltkriege den Anschluß an die Freiheitsparolen der angelsächsischen Demokratien zu gewinnen.

General Fadejew: „Gedanken über die orientalische Frage“, 1870:

**19** Seit der Entstehung des Nationalbewußtseins in Europa entwickelte sich aus der geschichtlich überkommenen orientalischen Angelegenheit eine bei weitem wichtigere, nämlich die allslawische. Der Osten bedeutete früher die Türkei und den Islam, nun bedeutet er Rußland, das Slawentum und die Orthodoxie. Der Hauptgegner des ersteren wird nicht mehr der Westen, sondern Mitteleuropa oder vielmehr das deutsche Volk sein und insbesondere die österreichisch-ungarische Monarchie ... Rußland muß den Brüdern jenseits der Grenzpfähle seine Arme öffnen und in stetiger geistiger Verbindung mit ihnen leben. Sie werden den Schutz Rußlands suchen, wenn sie aus seiner Politik erkennen, daß es hinter ihnen steht und die slawische Fahne nicht auf kurze Zeit, sondern kraft seines geschichtlichen Berufes erhebt ... „Das Slawentum ist ein kosmischer Nebel, der durch ein zusammenfassendes Gravitationszentrum eine

Welt werden kann. Jedes Brudervolk ist deshalb zu befreien und die Unabhängigkeit aller durch einen engen Bund mit Rußland sicherzustellen<sup>1</sup>. Nach innen ist den Bundesmitgliedern weitgehende Selbständigkeit zu gewähren; nach außen wird die slawische Staatengesellschaft nur ein einziges Reich bilden dürfen. Konstantinopel mit seiner Umgebung und den Meerengen soll als freie Stadt die Hauptstadt des Slawenbundes werden<sup>1</sup>.

*Auszug nach Fischel, Der Panlawismus (1919), S. 400*

Danilewski: „Rußland und Europa“, 1871<sup>2</sup>:

**20** Ausgehend von einer auf naturphilosophischer Grundlage beruhenden Kulturkreislehre behauptet D., daß jede Völkerfamilie, die durch Blutsbande oder Sprachverwandtschaft verbunden sei, einen selbständigen kulturellen Typ darstelle. Rußland mit den übrigen slawischen Völkern stellt eine solche Gemeinschaft dar. Ihre Bestimmung ist, „die greisenhaft gewordene romanisch-germanische Gesittung abzulösen, so wie diese an die Stelle der alten Welt trat. Rußland als der Vormacht fällt die geschichtliche Sendung zu, das Slawentum im Kampfe gegen Europa zu einen; denn Rußland gehört nicht zu Europa, und die europäische Kultur bedroht nicht nur die seelische Substanz der slawischen Völker mit Zersetzung, sondern die europäischen Völker behandeln die Slawenwelt nur als Ausbeutungsobjekt“. Von den Slawophilen übernahm D. die Überzeugung, daß die griechisch-russische Orthodoxie der allein wahre Glaube sei. Der römische Katholizismus ist für ihn ein „Produkt von Lüge, Hochmut und Unwissenheit“, der Protestantismus die „Verneinung der Religion überhaupt“.

Ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebenden Folgen hat das Slawentum die Verpflichtung, seiner Idee, die die höchste aller Ideen ist und der die Zukunft gehört, zu leben und sie im Kampfe mit Europa und seiner verderblichen Zivilisation zu verwirklichen. Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremdem Joche seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburgerreich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. Der unter dem Szepter Rußlands stehende slawische Bund ist so aufzubauen:

<sup>1</sup> General Rostislaw Fadejew trug diese Gedanken zunächst in einer Zeitschrift und dann in dem erwähnten Buch vor, das ins Englische übersetzt wurde und dadurch großes Aufsehen in Westeuropa erregte.

<sup>2</sup> Nikolai Jakowlewitsch Danilewski war ursprünglich Medizinstudent gewesen und 1812 Offizier geworden. Nach intensiven naturwissenschaftlichen Studien nahm er von 1853 ab wiederholt an Expeditionen zur Erforschung des Fischfangs und der Fischereigewerbe teil.

Den Kern bildet das russische Kaiserreich mit Galizien und der Karpatho-Ukraine. Daneben treten das serbisch-kroatisch-slowenische Königreich, das alle Südslawen umfaßt, das tschechisch-mährisch-slowakische Reich mit den slawischen Teilen Nordungarns, das Königreich Bulgarien mit dem größten Teil Rumeliens und Mazedoniens, das Königreich Griechenland mit Süd-mazedonien und den Inseln des Archipels, die Provinz Konstantinopel mit den angrenzenden Gebieten Rumeliens und Kleinasiens sowie den Meerengen und der Halbinsel Gallipoli, das Königreich Ungarn aus den nichtslawischen Restgebieten und das Königreich Rumänien, das aus der Moldau und der Walachei besteht.

*Auszug aus der deutschen Übersetzung von K. Nötzel (1920), S. 6*

Dostojewski über Wesen und Sendung des russischen Volkes:

**21** „Jedes große Volk, das lange leben will, glaubt und muß glauben, daß in ihm und nur in ihm allein das Heil der Welt ruhe, daß es nur dazu lebe, um an der Spitze der anderen Völker zu stehen, um sie alle in sich aufzunehmen und sie in einem harmonischen Chore zum endgültigen, ihnen allein vorbestimmten Ziel zu führen“ . . . [Ein großes Volk] „kann sich niemals mit einer Rolle zweiten Ranges in der Menschheit begnügen, nicht einmal mit einer solchen ersten Ranges, sondern es verlangt unbedingt und ausschließlich den ersten Platz einzunehmen . . . und zwar entspringt dieser Glaube in Rußland dem Lebensgefühl, nicht der theoretischen Erkenntnis wie bei den Völkern Europas. Darum ist er allgemein und lebendig“.

*Zitiert nach J. Bohatec, Der Imperialismusgedanke und die Lebensphilosophie Dostojewskijs (1951), S. 138*

„Die größte unter den größten Sendungen, die die Russen in ihrer Zukunft schon erkannt haben, ist die allmenschliche Sendung, der Dienst der gesamten Menschheit . . . Denn ein echter Russe zu sein, bedeutet nichts anderes als danach streben, die europäischen Widersprüche endgültig zu versöhnen, der europäischen Sehnsucht den Ausweg in der russischen allmenschlichen und allvereinenden Seele zu zeigen, in sie mit brüderlicher Liebe alle unsere Brüder aufzunehmen und schließlich vielleicht auch das endgültige Wort der großen Harmonie auszusprechen, der brüderlichen endgültigen Einigung aller Völker nach dem Gesetze Christi und des Evangeliums.“ Damit muß Rußland ein „neues Wort“, das „größte Wort“ und den „höchsten Gedanken“ der Menschheit verkünden.

*Ebenda, S. 137*

## Die panslawistische Orientpolitik

Die Vorbereitung des Befreiungskrieges der Balkan slawen. Den ersten großangelegten Versuch, das allslawische Programm zu verwirklichen, machte Zar Nikolaus I. im Krimkrieg. Er scheiterte, da die Westmächte und Österreich-Ungarn sich ihm in den Weg stellten. Nunmehr wurde es das Ziel der russischen Diplomatie, mit allen Mitteln die Unabhängigkeitsbestrebungen der Balkanvölker zu fördern.

**22** „Der aktivste Mann, der für die Interessen des Panslawismus arbeitete, war General Ignatiew, der 1864 russischer Botschafter in Konstantinopel wurde und binnen kurzer Zeit maßgebenden Einfluß auf den Sultan Abdul Aziz und einige der leitenden türkischen Staatsmänner gewonnen hatte. In seinen Erinnerungen legt Ignatiew seine Ansichten in keineswegs unbestimmten Sätzen dar: Die Ziele der russischen Politik im Nahen Osten müssen die Abschaffung des Friedens von Paris, der Rußlands Niederlage 1856 besiegelte, eine direkte oder indirekte Kontrolle über die Meereengen und die Unabhängigkeit der verschiedenen slawischen Völker auf dem Balkan sein. Auch für ihn war der Hauptfeind die deutsch-ungarische Habsburger Monarchie. Die Ausdehnung des österreichischen Einflusses muß aufgehalten werden und Rußland allein die Herrin der Balkanhalbinsel und des Schwarzen Meeres sein.“

*W. L. Langer, European Alliances and Alignments, 2. Aufl. (1930), S. 67 ff.*

Aufruf des ehemals russischen Generals Tschernajew, 1876. In seiner Proklamation an die Völker des Balkans forderte Tschernajew, der den Oberbefehl über die serbischen Truppen übernommen hatte, jene auf, sich zu erheben und zu den Waffen zu greifen.

**23** „Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt. Wir kämpfen für die Freiheit, das orthodoxe Kreuz, für die Zivilisation! Hinter uns steht Rußland. Sollte uns das wandelbare Glück verlassen, so wird dieser heilige Boden mit dem teuren Blute des russischen Brudervolkes getränkt sein . . . Sollten wir, im Blute bis zu den Schultern watend, uns die Pforte zu unserer Freiheit, unserer Zivilisation nicht öffnen können, so wird sie die eiserne Hand Rußlands sprengen.“

*A. Fischel, Der Panslawismus (1919), S. 413*

Die russischen Eisenbahnbauten. Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine beachtliche russische Textil- und Eisenindustrie, die auf Ausfuhr angewiesen war. Ein Viertel bis ein Drittel der Gesamterzeugung dieser Industrie waren Eisenbahnschienen.

**24** „Fügt man noch den übrigen Zubehör der Eisenbahnen hinzu, so ergibt sich, daß die russische Metallindustrie in erster Linie für den Eisenbahnbau arbeitete... Die Eröffnung des Geldweltmarktes für die russischen Anleihen durch die Pariser Börse und den sich daraus ergebenden Goldregen benutzte das Handelskapital vor allem dazu, um das im Jahr 1860 begonnene russische Eisenbahnnetz weiter auszubauen“ . . .

*M. Pokrowski, Geschichte Rußlands (1929), S. 280 ff.*

Eine besondere Rolle bei der Balkanpolitik spielten „die nach ausländischen Absatzmärkten begehrlche russische Eisenindustrie und die russischen Unternehmer von Eisenbahnbauten.“ Die russische Regierung wollte den Bau der bulgarischen Bahnen für die russische Industrie gewinnen und aus strategischen Gründen die Hauptlinien von Norden nach Süden geführt wissen. Man legte es dem Fürsten Alexander Battenberg als „Verrat“ Rußlands aus, daß er an der Westrichtung der bulgarischen Eisenbahnen festhielt, die diese nicht mit dem russischen, sondern mit dem österreichischen Eisenbahnnetz verband, um so mehr, als dieses Projekt für die Ausführung um das Doppelte billiger war . . . Diese Eisenbahnfrage gab den Ausschlag, daß man sich in Petersburg so scharf gegen den Fürsten Alexander wandte.

*H. Uebersberger, Rußland und der Panlawismus in: Deutschland und der Weltkrieg (1915), S. 406*

### Die russische Fernostpolitik

Der Bau der ostsibirischen Bahn und das Vordringen Rußlands in der Mandchurei. In den Jahren 1891—1894 verbündete sich Rußland auf das engste mit Frankreich, sicherte sich so Rückenfreiheit für seine Unternehmungen in Ostasien und zugleich das Zusammenwirken mit Frankreich zur Überwindung des britischen Widerstandes. Die Seele der Ostasienpolitik war der Finanzminister Witte. Bei der Grundsteinlegung der Endstation des großen Schienenwegs in Wladiwostok verkündete er programmatisch:

**25** „Die sibirische Eisenbahn eröffnet einen neuen Weg und neue Horizonte auch für den Welthandel, und diese ihre Bedeutung macht den Bau dieser Bahn zu einem Weltereignis von jener Art, die neue Epochen in der Geschichte der Völker einleiten und nicht selten grundlegende Umwälzungen in den bestehenden ökonomischen Verhältnissen zwischen den Staaten hervorrufen.“

Diese Worte waren vor allem an die Finanzleute der Pariser Börse gerichtet, die durch ihre Anleihen die russische Rüstung und Industrialisierung förderten und sich von dem Vordringen in die Mandschurei besonders große Gewinne versprachen.

Nach dem chinesisch-japanischen Kriege

... gründete... Witte zusammen mit einem der größten Pariser Bankiers im Jahre 1895 die Russisch-Chinesische Bank, die den Chinesen bei der Aufbringung der Kriegsentschädigung an Japan und der Ordnung ihrer zerrütteten Finanzen behilflich sein sollte. Am 22. Mai 1896 wurde während der Krönung Nikolaus II. der „Moskauer Vertrag“ geschlossen, der Rußland das Recht verlieh, auf chinesischem Gebiet Eisenbahnen zu bauen. Auf diesen Vertrag verweisend schrieb das russische Finanzministerium im Jahre 1902: „Man konnte hoffen, daß es uns durch die Begründung der Russisch-Chinesischen Bank im Jahre 1895 gelingen werde, noch weitere Erfolge auf diesem Gebiete zu erringen. Dank den bedeutenden Geldmitteln und dem uns durch die Statuten gesicherten Recht, an allen Eisenbahnunternehmungen in China beteiligt zu sein, hatte diese Bank alle Chancen, eine wichtige Rolle auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus zu spielen ...“

Ein Konkurrent des russischen Kapitals im Eisenbahnbauwesen war das englische Kapital. Infolge der Einmischung der Engländer gelang es nicht, ein Monopol des Eisenbahnnetzes in China nördlich vom Gelben Fluß zu bekommen, das heißt nördlich von den Wegen, welche die chinesische Hauptstadt Peking mit den südlicher liegenden Zentralgebieten des Reiches verbinden. Es war anfänglich beschlossen, die Sibirische Bahn über Wladiwostok, auf russischem Territorium, entlang dem Flusse Amur zu führen. Dann aber ... entschloß man sich, den Weg durch eine geradere Linie zu verkürzen: anstatt des Amurbogens entschloß man sich für die Sehne dieses Bogens, die Nord-Mandschurei, die schon chinesisches Gebiet war. ... Die Nord-Mandschurei wurde von Rußland in aller Form militärisch okkupiert, denn die Truppen der Eisenbahngesellschaft waren ja russische Soldaten unter dem Kommando von russischen Offizieren. Das geschah im Jahre 1896. Als Endpunkt der Bahn galt noch immer Wladiwostok. Aber nach zwei Jahren sah man ein, daß ... man die eisfreien Häfen der Südmandschurei erreichen müsse. Es wurde deshalb beschlossen, die Eisenbahn nach dem Süden abzuleiten. Für diesen Zweck „pachtete“ man im Jahre 1898 die zwei südlichsten Häfen der Mandschurei: Port Arthur und Daljan-Wan (russisch in Dalny umgetauft). Diese „Pacht“ begleitete auch hier eine militärische Okkupation: Port Arthur war eine Festung, sie sollte eine russische Besatzung be-

kommen und durch russische Ingenieure uneinnehmbar ausgebaut werden. Hier sollte der Standort der gesamten russischen Flotte des Stillen Ozeans entstehen, die man bedeutend zu verstärken beabsichtigte. Als Handelshafen war insbesondere Dalny gedacht; dort baute man Docks, Magazine, elektrische Stationen usw. Für alle diese Pläne wurden 16 Millionen Goldrubel ausgegeben. [Hinzu kamen die schnell wachsenden Ausgaben für die Rüstungen, mit denen Rußland sich auf den erwarteten kriegerischen Zusammenstoß vorbereitete.]

*Zusammenfassung und Zitate nach M. Pokrowski, a. a. O. S. 321 ff.*

Über die asiatische Mission Rußlands:

**26** Rufer im Kampf für die asiatische Mission Rußlands war...

Fürst Esper Uchtomski, der Vertrauensmann des Zaren und Herausgeber der Petersburger „Wjedomosti“, daneben Direktor der Russisch-Chinesischen Bank. Er faßte große Dinge ins Auge. „Asien ist seinem ganzen Umfang nach“, so sagte er in einer 1900 veröffentlichten Schrift, „im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands.“ Und an einer anderen Stelle ist zu lesen: „In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen und kann es auch keine geben.“ In jener Schrift rät er, China dadurch zu gewinnen, daß Rußland ihm gegen die anderen Völker Europas und gegen Japan Hilfe leiste; er warnt die Lenker des Zarenreiches dringend, sich an der Bestrafung der Boxer zu beteiligen.

*H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus I (1919), S. 355*

**Die Rückwendung nach Europa  
und die neuslawische Befreiungspolitik**

Die Niederlage in Ostasien und die ihr folgende Revolution führten eine schicksalhafte Wendung der russischen Politik herauf.

**27** Die russische Intelligenz hatte ohnehin für die ostasiatische Politik der Regierung niemals irgendwelche Sympathien gehabt; slawophile Einflüsse und Traditionen waren hier bei allen russischen Parteien viel stärker... Rechte und linke Parteien des neugeschaffenen russischen Parlamentes waren darin einig, daß... die Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan nicht im russischen Interesse gelegen sei... Der neue Minister des Äußeren, A. P. Iswolski, im panslawistischen Geiste schon als Diplomat tätig, verstand dieser Grundstimmung sich rasch anzupassen. Durch das Einvernehmen mit England im August 1907 über die Teilung der Interessensphären in Mittelasien und besonders in Persien aber

war die Bahn freigemacht für ein Zusammengehen mit England auch in andern Fragen, d. h. besonders bei den Fragen des Nahen Ostens. ... Die damals einflußreichsten politischen Parteien Rußlands, Oktobristen und Kadetten, waren außerdem für eine Annäherung an England, weil sie dadurch auch innerpolitisch einen mehr links neigenden Kurs der russischen Regierung erhofften. Auf beide Parteien hatte überdies die russische und vor allem die Moskauer Industrie einen großen Einfluß, die wegen der gefährlichen Konkurrenz der ungleich tüchtigeren und leistungsfähigeren deutschen Industrie schon lange einen entschieden antideutschen Kurs der russischen Politik von der Regierung verlangte.

*Uebersberger, a. a. O. S. 409*

Die Balkankriege als Einleitung der Befreiungspolitik. Vertraulicher Privatbrief des russischen Botschafters in Paris, Iswolski, an den russischen Außenminister Sasanow vom 30. 8. 1912:

**28** Aus den Balkanstaaten hat man hier außerordentlich alarmierende Nachrichten, sowohl aus Sofia als auch aus Belgrad und Athen ... Poincaré ist persönlich der Ansicht, daß der serbisch-bulgarische Geheimvertrag<sup>3</sup> sowohl auf die Bulgaren als auch auf die Serben aufreizend wirkt. Schon in St. Petersburg hat er unmittelbar nach Kenntnisnahme von dem Wortlaut des Vertrages zu mir gesagt, daß dieser seiner Meinung nach ein „Kriegsinstrument“ sei. Die Rußland eingeräumte Rolle des Schiedsrichters kompliziert seiner Meinung nach die Lage noch mehr. Die Bulgaren seien überzeugt, daß die russische Regierung, auch wenn sie augenblicklich ihr Veto einlegen würde, im Falle eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei, und besonders im Falle einer bulgarischen Niederlage, doch durch die öffentliche Meinung Rußlands zum Eingreifen veranlaßt werden würde ... (Sollte Bulgarien eine Niederlage erleiden oder ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien Rußland zum Eingreifen zwingen, so könne es auf „die energischste diplomatische Unterstützung Frankreichs“ rechnen) ... Wenn aber der Konflikt mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen würde, so erkenne die französische Regierung dies im voraus als *casus foederis* an und würde nicht einen Augenblick zögern, die Verpflichtungen, die sie Rußland gegenüber auf sich genommen hat, zu erfüllen.

*Der Schriftwechsel Iswolskis II (1924), S. 230 ff.*

<sup>3</sup> Der Abschluß der Geheimverträge zwischen Bulgarien — Serbien (13. März 1912) und zwischen Bulgarien und Griechenland (19. Mai), die nur durch energische Hilfe des russischen Gesandten in Belgrad, Baron Hartwig, zustande gekommen waren, hatte in London und Paris sofort die Vermutung aufkommen lassen, daß dadurch ein Krieg gegen die Türkei vorbereitet wurde.

Programm des russischen Imperialismus im ersten Weltkrieg. Um Rußland von einem Sonderfrieden abzuhalten, verpflichteten sich die Ententemächte im Februar und März 1917 vertraglich zur Verwirklichung ihrer gegenseitigen Annexionsziele.

**29** ... Um die volle Bedeutung der im Jahre 1916 mit der russischen Regierung abgeschlossenen Verträge hervorzuheben, nach denen nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges die Frage bezüglich Konstantinopels und der Meerengen entsprechend den Wünschen Rußlands geregelt werden soll, sowie um den Verbündeten in militärischer und industrieller Hinsicht alle Garantien zu verschaffen, die die Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung des Reiches gewährleisten, gesteht die Regierung der französischen Republik Rußland die volle Freiheit zu, seine westlichen Grenzen nach seinem Ermessen zu bestimmen.

*Tel. Iswolskis an das russische Außenmin., Nr. 306 vom 14. 2. 1917*

Nach einem Tagesbefehl des Zaren vom 15. Dezember 1916 waren als russische Kriegsziele der Besitz Konstantinopels und der Meerengen, die Auflösung der Türkei und Österreich-Ungarns sowie eine erhebliche Verkleinerung Deutschlands vorgesehen. Bezüglich der Westgrenzen Rußlands plante man „die Annexion Ostpreußens und Posen und der polnischen Landesteile von Westpreußen und Oberschlesien ... Die preußisch-polnischen Teile sollten mit den russischen wieder vereinigt, das neu entstandene Polen dem russischen Reiche einverleibt oder angegliedert werden“.

*Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs: Werk des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, 12. Bd., S. 80 f.*

### III. Der französische Imperialismus

#### Das Sendungsbewußtsein

Das französische Sendungsbewußtsein wurzelt in der Zivilisationsidee. Sie ist in der großen Französischen Revolution geschaffen worden und hat sich dann im Laufe des 19. Jahrhunderts zum Inbegriff aller Werte des Liberalismus und Demokratismus erweitert. Schon 1830 nannte der Geschichtsschreiber Guizot Frankreich „das Herz der Zivilisation“ und setzte sie mit dem geistigen und sozialen Fortschritt gleich. Die Nation wandte alles daran, der Bannerträger dieses Fortschritts zu bleiben. Um die Mitte des Jahrhunderts machte der Historiker Michelet die Zivilisationsidee geradezu zum Kern einer Ersatzreligion. Er sprach vom „Pontifikat der neuen Zivilisation“, das Frankreich als dem Bahnbrecher des neuen sozialen Zeitalters gehöre. Als Saint Simon dann die Grundgedanken des utopischen Sozialismus darlegte, wurde dadurch die Überzeugung, daß Frankreich immer noch „an der Spitze der Ideen marschiere“, neu bestärkt. Aus ihm entwickelten sich am Ende des Jahrhunderts, als alle Welt vom unaufhaltsamen Niedergang Frankreichs sprach, der wiedergeborene Royalismus und der neue mystische Nationalismus. Viele von den Anhängern dieser oppositionellen Richtungen haben wesentlich zur Stärkung der französischen Weltgeltung beigetragen<sup>1</sup>.

Über die französische Missionsidee schrieb Max Scheler 1918:

**30** Das moderne Frankreich ordnet die Nation der Menschheit an Sinn und Wert durchaus unter. Es verkündet auch für die Nationen die Grundsätze der Gleichheit und Freiheit, und es leugnet damit eine Verschiedenwertigkeit, ja einen auch nur möglichen Aristokratismus der Nationen untereinander. Die Gleichheit der Nationen und ihre Gleichwertigkeit, das ist Frankreichs nationaler Demokratismus und gleichzeitig sein weltanschaulicher Stabilitätsgedanke — derselbe, der seine gesamte Philosophie und Wissenschaft durchwaltet. Aber gerade das nun hält es seit den napoleonischen Kriegen für seine eigentümlich nationale Mission, diese spezifisch französischen Ideengehalte der „Menschenrechte“ und des historischen Stabilitätsgedankens nicht nur in seinen Grenzen zu verwirklichen, sondern sie hinaus in die Welt zu tragen, die Welt und alle anderen Nationen damit zu erfüllen. Diese Mission aber ist ihm umkleidet mit dem ganz eigenartigen gallischen Wertcharakter des nationalen Ruhmesglanzes. Der Ruhm (gloire) also eines „Führers“, „Lehrers“ und „Erziehers“ der Menschheit — das ist Frankreichs nationale Missionsidee“.

*Max Scheler, Über die Nationalideen der Großen Nationen im 2. Bd. der „Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre“ (1918), S. 1, zitiert nach E. R. Curtius, Französischer Geist im neuen Europa (1925), S. 220 f.*

<sup>1</sup> Vgl. dazu E. R. Curtius, Die französische Kulturidee (Deutsch-franz. Rundschau Bd. 1 [1928], S. 827 ff.).

Expansion heißt Verbreitung der Zivilisation. Gabriel Hanotaux<sup>2</sup> im Jahre 1902:

**31** Bei der Ausdehnung Frankreichs handelt es sich nicht um Eroberungs- oder Machtpolitik, sondern darum, „jenseits der Meere in Landstrichen, die gestern barbarisch waren, die Prinzipien einer Zivilisation zu verbreiten, deren sich zu rühmen eine der ältesten Nationen des Globus wohl das Recht besitzt. Es handelt sich darum, in der Nähe und in der Ferne ebenso viele neue Frankreiche zu schaffen. Es handelt sich darum, unsere Sprache, unsere Sitten, unser Ideal, den französischen und lateinischen Namen inmitten der stürmischen Konkurrenz der anderen Rassen, die alle auf demselben Wege marschieren, zu schützen. Die französische Ausdehnung hatte zu allen Zeiten zivilisatorischen und religiös-missionarischen Charakter . . .

Die kolonisatorische Mission Frankreichs ist so alt wie seine Geschichte. Es gehört zu seiner Tradition, die verspäteten Völker in seinem Gefolge mitzunehmen. Die wirkliche Kolonisation ist die Opfergabe, die das Mutterland den jungen Völkern, seinen Kindern, in sich selber reicht. Frankreichs Aufgabe ist die „intellektuelle und moralische Evangelisation der Völker . . . Wenn die Kunst, die Literatur, die Sprache, der Geist Galliens nicht ausgesät worden wären, der Rest des Universums wäre unfruchtbar geblieben. Frankreich hat seine geistigen Töchter in alle Winkel des Planeten hinausgesandt.“

*Gabriel Hanotaux, L'Energie française. Paris 1902, S. 313 nach K. Epting, Das französische Sendungsbewußtsein, S. 90 f.*

Kritik dieser sog. Assimilationstheorie. Léopold de Saussure schrieb dazu 1889:

**32** Es gibt zwei Methoden der Kolonisation. Die erste ist diejenige der Völker, die „beherrscht sind von einem absoluten politischen oder religiösen Glauben, dem sie eine universelle Ausbreitung zu geben das Bedürfnis empfinden. Sie wenden diesen Glauben an, ohne auf die Umstände Rücksicht zu nehmen, überzeugt, daß er für ihren eigenen Ruhm und das Glück ihrer Untertanen notwendig sei“ . . . Die zweite Methode — es ist die Roms und Englands — richtet sich in biegsamer Weise nach den Umständen. Sie läßt den Unterworfenen ihre Sitten und Gebräuche aus der Erkenntnis heraus, daß „die Völker oft mit einer überraschenden Leichtigkeit das Joch derer annehmen, die ihnen ihr Erbe lassen“ . . .

<sup>2</sup> G. Hanotaux, Geschichtsschreiber, war von 1894 bis 1895 und von 1896 bis 1898 Außenminister

Frankreich aber tut das Gegenteil. „Durchdrungen von der durch die Revolution feierlich bestätigten Idee, daß es zur Herstellung des Glückes der Völker eine absolute Formel gibt, eine Formel, die von Raum und Zeit unabhängig ist, nimmt Frankreich für sich die Mission in Anspruch, die Ankunft des Glückes bei seinen Untertanen zu beschleunigen. Frankreich ist überzeugt, daß sein Ruhm und seine Interessen an die Verwirklichung dieses Ideals gebunden sind. Die moralische Assimilation der verschiedenartigen Rassen, über die es seine Herrschaft ausgebreitet hat, erscheint ihm nicht nur als Ziel, sondern vor allem als Mittel seiner Herrschaft.“

Sicher gibt es in der Praxis Abweichungen von dieser Methode — Frankreich hat in Tunis gute Erfahrungen damit gemacht —, aber das konstante Ziel der Politik bleibt doch die Assimilation. Trotzdem meint der Kritiker, die revolutionäre Mission Frankreichs müsse vor der Lebenswirklichkeit der verschiedenen in seinem Kolonialreich vereinigten Rassen und Kulturen haltmachen, und es müsse dem englischen Vorbild folgen.

*Léopold de Saussure, Psychologie de la colonisation française. Paris 1899, S. 24 ff. nach Epting, S. 89 f.*

Grundsätze der modernen Kolonialpolitik. In seiner Rede zur 30-Jahrfeier der „Union Coloniale“ überreichte Marschall Lyautey deren Generalsekretär Joseph Chailley als dem geistigen Wegbereiter des neuen französischen Kolonialreiches die Goldmedaille und führte aus:

**33** Durch seine Bücher sei Ch. der Lehrer der Kolonialpioniere geworden. In seinem Buche über die Kolonisation Indochinas (1897) habe er die Übertragung der zentralistischen Verwaltung des Mutterlandes auf die Kolonien und Schutzgebiete auf das schärfste kritisiert. Er erklärte die französischen Beamten mit ihrer Reglementierungswut, ihrer Vorliebe für Formalien, ihrer Furcht vor Initiative und eigener Verantwortung für völlig unbrauchbar für die Überseegebiete. In dem Buche: „Das Zeitalter des Ackerbaus“ wurde dargelegt, daß das Wichtigste für den Aufbau einer Kolonie die wirtschaftliche Erschließung, der Bau von Straßen und Eisenbahnen, die Anlage von Häfen, die Einrichtung eines das ganze Land erfassenden Systems von Sanitätsstationen, von Schulen und Mustersiedlungen sei.

Die Hauptleistung des Gefeierten aber war die Entwicklung der Richtlinien der Protektoratspolitik. Dabei wurde unter „Protektorat“ nicht nur die Verwaltung der auf Grund internationaler Verträge übernommenen Schutzgebiete verstanden, sondern ein neuer zeitgemäßer Begriff der Protektoratspolitik geprägt: „Das Protektorat ist kein starres System, das sich auf Dogmen oder

Grundsätze stützt, sondern es ist ein wirksames Auskunftsmittel, das sich aus Gründen der Klugheit und Wirtschaftlichkeit [den jeweiligen Umständen] anpaßt“ . . . Danach ist es unmöglich, daß das kontinentale Frankreich nach seiner Neigung für Einheit und Einheitlichkeit Gesetze für die Überseegebiete schmiedet. „Eingeborenenpolitik“ kann es nur noch in dem Sinne geben, daß die Verwaltung sich im Mutterlande wie in den Kolonien den gleichen Aufgaben widmen muß, und daß dabei die moralischen Interessen den Vorrang haben. Die beste Verwaltung ist diejenige, die wie die britische in Indien mit wenigen Aufsichtskräften auskommt. Sie hat sich um die materiellen Interessen der Kolonien zu kümmern. Dagegen ist das Haupterfordernis der Eingeborenenpolitik, deren moralische Interessen zu achten.

*Nach Lyautex, Paroles d'action. 4. Aufl., Paris 1944, S. 460 ff.*

### Die Gründung des modernen Kolonialreiches

Aus der Verteidigungsrede Jules Ferry's<sup>3</sup> vom 28. 7. 1885:

**34** „Wir haben viele Rechte auf der Erdoberfläche. Nicht von ungefähr ist Frankreich, woran gerade erinnert wurde, eine der größten Seemächte der Welt. Es hat seit zwei Jahrhunderten . . . von vielen Punkten der Erde Besitz ergriffen, und es hat auch ein weites Versuchsfeld für die Kolonialpolitik. Ist das nun ein Grund dafür, daß diese Politik überall zugleich entwickelt wird? Muß man ihre Maßnahmen nicht vielmehr aufeinander abstimmen, nach und nach entwickeln, abschnitts- und reihenweise verwirklichen? . . . An dem einen Punkt gilt es nur, die erworbenen Stellungen zu behaupten, an einem andern ist es nötig, einen Schritt vorwärts zu machen; schließlich gibt es Punkte, an denen eine endgültige und vollständige Lösung sich aufdrängt, weil die Gelegenheit sich bietet, weil sie vorübergeht und sich vielleicht nie wiederfinden wird. Ganz gewiß, meine Herren, führen uns in diesem Ideenbereich, bei diesen Unternehmungen die Ereignisse mehr, als daß wir sie führen. Man muß eine Wahl treffen, einerseits die Nützlichkeit neuer Erwerbungen und andererseits den Stand unserer Hilfsmittel erwägen. Diese kluge und maßvolle Kolonialpolitik ist für Frankreich einfach lebensnotwendig zu einer Zeit, in der alle Länder sich gegen ausländische Erzeugnisse sperren, was jedes Land nötigt, sich die für seine Landwirtschaft und seine Industrie unentbehrlichen Absatz-

<sup>3</sup> Jules Ferry wurde im Herbst 1880 als Gegenspieler Gambettas zum Ministerpräsidenten ernannt. Von Bismarck gestützt, suchte er durch Beteiligung an der imperialistischen Kolonialpolitik die Franzosen „von der blauen Linie der Vogesen“ abzulenken. Er wurde deshalb von den Revanchepolitikern auf das heftigste angegriffen und als „Tonkinese“ verächtlich gemacht.

märkte zu sichern. . . . Ja, was unserer großen Industrie, welche die Handelsverträge von 1860 unwiderruflich in die Bahn des Exportes gelenkt haben, mehr und mehr fehlt, das sind die Absatzmärkte. Warum? Weil Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich durch Schutzzölle absperren und die Gefahr besteht, daß auch der seit alters Frankreich gehörige große Markt Südamerikas streitig gemacht und vielleicht weggenommen wird. . . . Die überlegeneren Rassen haben außerdem ein Recht gegenüber den unterlegeneren Rassen, und in dieser Hinsicht sollte Frankreich sich nicht der Pflicht entziehen, die Völker zu zivilisieren, die mehr oder minder barbarisch geblieben sind . . . Wenn Frankreich verzichtet, wenn es seine Rechte verfallen läßt, werden andere seinen Platz einnehmen, und während es auf den dritten oder vierten Platz herabfallen wird, werden sie auf den ersten gelangen.“

*Ferry spricht sich dann entschieden gegen eine Politik der Abdankung und des Verzichts auf koloniale Betätigung aus, wie sie von den Fürsprechern einer reinen Kontinentalpolitik gefordert werden, da die imperialistische Ausdehnungspolitik alle europäischen Mächte beherrsche und das Ausscheiden aus ihren Machtkombinationen für eine große Nation unerträglich sei.*

*Auszug aus dem Journal Officiel nach G. Guénin, L'Égypte Coloniale de la France. (Paris 1932), S. 303 ff.*

Die Begründung des Protektorats über Tunis. Auf Grund des sog. Bardo-Vertrags vom 12. Mai 1881, dessen Abschluß Großbritannien und Deutschland auf dem Berliner Kongreß gebilligt hatten, wurde Tunesien Frankreich überlassen. Als erster Ministerresident wurde Paul Cambon nach Tunis entsandt. Er entwarf die folgenden Richtlinien:

**35** Tunesien ist wiederaufzurichten durch seine eigenen Hilfsquellen, und die Intervention des Mutterlandes ist nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeizuführen. Er entsprach so der Formel Gambettas: „Weder Aufgabe Tunesiens, noch Annexion!“ Er hatte beim ersten Anlauf begriffen, daß der Bey-Staat lebensfähig war, daß er wieder in Gang gesetzt werden konnte dadurch, daß man seine Einrichtungen beibehielt, seine Hilfsquellen nutzbar machte, ja selbst sich seines Personals bediente unter der Bedingung, daß man ihn mit sehr leichter Hand stützte und kontrollierte. So würde das Mutterland zu keinem Opfer genötigt sein, und die Eingeborenenbevölkerung, die unter der Autorität ihrer Glaubensgenossen blieb, würde eine Änderung nur in der Ehrlichkeit und Billigkeit der Verwaltung wahrnehmen . . . Dennoch war die Verwirklichung dieses Programms an zwei wesentliche Bedingungen gebunden: die erste war die Aufhebung der internationalen Finanzkommission, um die Hände frei zu bekommen, die zweite war die Beseitigung

der Konsulargerichtsbarkeit, die aus dem System der Kapitulationen stammte, und ihr Ersatz durch französische Gerichtshöfe, um der Protektoratsregierung ungeschmälerte Vollmachten zu verschaffen.

*P. Cambon, Amassadeur de France 1843—1924, Paris 1937, S. 50)*

Faschoda, der Wendepunkt des französischen Imperialismus. Die Aufteilung Afrikas, die in Paris fibrige Börsenmanöver auslöste, zeitigte den Versuch, trotz hartnäckigen britischen Widerstandes zwischen Algier und der Guineaküste ein großes westafrikanisches Kolonialreich zu gründen und eine Transsaharabahn zu bauen. Außerdem unternahmen wagemutige Offiziere tollkühne Vorstöße ins Quellgebiet des Niger und strebten danach, sich am Oberlauf des Nil festzusetzen. Die berühmteste dieser Expeditionen ist der Marsch des Hauptmannes Marchand quer durch Mittelfrika. Als er sich anschickte, im Zusammenwirken mit Abessinien die englischen Pläne auf den Ausbau der Kap-Kairo-Linie zu durchkreuzen, trat ihm General Lord Kitchener, der Sieger über die fanatischen Haufen des Mahdi, der den Sudan verheert hatte, bei Faschoda im Oktober 1898 entgegen.

**36** General Kitchener kam mit 5 Kanonenbooten, 2 Bataillonen ägyptischer Infanterie und 1 Kompanie schottischer Hochländer. Er forderte Marchand auf, ihn an Bord des Befehlshaberbootes zu besuchen. „Der Oberst Wingate schlug, ohne mit der Wimper zu zucken, uns vor, einen Teil unserer Befestigungen, die Südbastion, zu räumen, um dort die türkische Flagge zu hissen, unter der sie fuhren. Gegen diese Anmaßung wandte sich der Hauptmann Marchand mit aller Energie. Der Sirdar<sup>5</sup> bedauerte, daß wir ihm diese Konzession nicht machen wollten. „Ich muß den ganzen Platz Faschoda besetzen. Dazu habe ich den Befehl des Sultans und des Khediven erhalten, und ich bin genötigt, in ihrem Namen gegen Ihre Festsetzung an diesem Punkte des Nil Einspruch zu erheben. Niemals hat dieser Punkt aufgehört, der Türkei zu gehören; ich fordere Sie deshalb auf, ihn sofort zu räumen.“

Marchand ließ sich auch durch Drohungen, ihn zu überwältigen, nicht einschüchtern. Kitchener schlug nun vor, die Kolonne Marchand nicht als militärische oder politische, sondern als wissenschaftliche Mission zu behandeln. Er lud die Franzosen ein, mit ihm über Ägypten zurückzukehren und bedauerte, daß es nicht Engländer wären, die eine solche bewunderungswürdige Tat vollbracht hätten. Marchand wies das Anerbieten höflich zurück. Schließlich sagte der General: „Wissen Sie, daß der Krieg zwischen unsern beiden Völkern aus Ihrer Weigerung, Faschoda zu räumen, hervorgehen kann?“ Marchand erwiderte, daß, wenn die englische Regierung sich schon einmischen wolle, sie sich ja mit der französischen

<sup>5</sup> Lord Kitchener

in Verbindung setzen könne. Bis zur Klärung des Streitfalles aber würden die Gesprächspartner ihre beiderseitigen Stellungen behalten. Dieser Vorschlag wurde von Kitchener, der am Nachmittag Marchand noch einen Gegenbesuch machte, angenommen.

*Nach dem Bericht eines Teilnehmers der Expedition Marchand in: G. Guenin, L'Épopée Coloniale de la France. Paris 1932, S. 341 ff.*

## Die Marokkopolitik

### Caillaux über die Marokkopolitik Delcassés:

**37** [Der Abschluß der Entente<sup>6</sup> wäre eine ausgezeichnete Sache gewesen, wenn] die Abkommen allen andern Großmächten mitgeteilt worden wären, wenn man sie informiert hätte, daß man mit ihnen parallele Abmachungen treffen wolle. Aber sprechen Sie davon mit Delcassé! „Ich unterhalte mich nicht mit Deutschland!“, rief er jederzeit aus. Unter kindlichen Vorwänden sah er davon ab, das Abkommen von 1904 unsern Rivalen bekanntzugeben... „Die Leute in Berlin sind unzufrieden“, sagte er mir damals... Gleichzeitig, d. h. Anfang 1905 — Rouvier hat mir das erzählt — rühmte er sich vor dem ersten besten Journalisten, der zu ihm kam, Deutschland einzukreisen. Er fügte hinzu: „Wilhelm II. ist nicht befriedigt. Ich verstehe das. Meine Politik entwickelt sich. Seine ist zum Stillstand verurteilt.“ Selbstverständlich wurden diese Prahlereien jenseits des Rheines kolportiert und erbitterten unsere Gegner.

[So kam es, wie es kommen mußte. Nach seiner Landung in Tanger ließ der Kaiser in Paris eine solche Sprache führen, daß man zwischen dem Kriege oder einer internationalen Konferenz wählen mußte.] Es wurde ein tragischer Ministerrat abgehalten, in dessen Verlauf zwei verschiedene Auffassungen der Politik, die man einschlagen sollte, aufeinanderstießen. Ich habe in meinem Buche über Agadir die These Delcassés auseinandergesetzt, der Widerstand bis zum äußersten vorschlug unter dem Vorwand, daß Deutschland uns nur auf die Probe stellen, uns einschüchtern wolle, daß es jedoch, wenn es uns durch die uns nach seiner Angabe zugesicherte Unterstützung Englands stark sähe, nicht mit seinen Absichten, die es ahnen ließ, bis zum bitteren Ende gehen, sondern vielmehr die britische Flotte, die französische Armee, die Vereinigung der beiden Völker fürchten würde. [Rouvier, der Ministerpräsident, brandmarkte dagegen diese Politik seines Außenministers und be-

<sup>6</sup> Gemeint ist das berühmte Abkommen vom 8. April 1904, das die „Entente Cordiale“ begründete. Es enthielt im wesentlichen den endgültigen Verzicht Frankreichs auf seine Rechte in Ägypten, wofür England ihm freie Hand in Marokko zugestand. Über die aus dem Madrider Vertrag von 1880 stammenden Rechte Deutschlands gingen die Ententemächte einfach hinweg.

merkte], daß es unsinnig sei, eine so ungeheure Partie zu einer Stunde durchzuspielen, in der das verbündete Rußland geschlagen und die durch einen unüberlegten Pazifismus abgelenkten französischen Streitkräfte alles andere als für den furchtbarsten aller Konflikte bereit seien. Alle Mitglieder des Kabinetts stellten sich auf die Seite des Präsidenten.

Declassé mußte zurücktreten. Rouvier schlug dem Reichskanzler Bülow eine Gesamtbereinigung aller zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen vor. Aber Bülow, der sich als Sieger fühlte, bestand auf der Regelung durch eine internationale Konferenz, die dann in Algeciras zusammentrat und Frankreich eine Sonderstellung in Marokko zuerkannte.

*J. Caillaux, Mes Mémoires I (Paris 1942), S. 222 ff.*

Sozialistische Opposition gegen die Marokkopolitik. Aus einer Kammerrede Jean Jaurès, 1908:

**38** Meine Herren, wir, meine Freunde und ich, werden Kredite, die eine erste Folge und die der Ausdruck einer Politik sind, welche wir von Anfang an für schlecht gehalten haben, ablehnen... Man kann immer irgendeine Kinderei vor denjenigen hervorzaubern, die die Macht haben, Individuen, Regierungen oder Völkern, die reine Idee des Rechts. Indessen, in dem Maße, in dem unsere Intervention in Marokko ausgedehnter, härter, brutaler wird, frage ich mich mit wachsender und aufrichtiger Angst, mit welchem Recht wir Krieg, Eisen und Feuer mitten in das Herz Marokkos tragen. Ich weiß wohl, daß schmerzliche und beklagenswerte Zwischenfälle sich ereignet haben, die diese Intervention veranlaßten; aber ich frage mich, ob wir nicht einen Teil der Verantwortung an dem Geisteszustand tragen, der diese Zwischenfälle ermöglicht hat. Als unsere Diplomatie... ihre Absicht, sich in den Besitz von Marokko zu setzen, angekündigt hat, als sie eine feierliche Gesandtschaft nach Fez schickte, deren Programm, was man davon auch sagen mag, auf so etwas wie ein französisches Protektorat in Marokko hinzielte, hat sie naturnotwendig im Geiste der Marokkaner den Eindruck hervorgerufen, daß wir uns an ihrer Unabhängigkeit vergreifen wollten. Demzufolge sind ihnen sogar die Arbeiten, die ihnen als Werke des Fortschritts und der Zivilisation hätten erscheinen können, als Mittel erschienen, sich an ihrer Freiheit zu vergreifen. Sogar die Anleihe, die von ihrem Oberhaupt unterzeichnet wurde, diese Anleihe von 80 Millionen mit einer Provision von 16 Millionen, diese wucherische Anleihe, für die die marokkanischen Zölle verpfändet wurden, erschien ihnen unwiderlegbar als ein erster Eingriff in ihre Rechte, ihre Freiheit, ihre Wohlfahrt, und es gab in den ersten Ar-

beiten, die in Marokko in Angriff genommen wurden, eine fieberhafte Hast, eine lüsterne Ungeduld, die nichts als Katastrophen hervorrufen konnten.

*Aus einer Kammerrede, die Jean Jaurès, der aufrechte Führer der französischen Sozialisten, am 27. 3. 1908 hielt. Nach Oeuvres de Jean Jaurès, Bd. 3, Paris 1933, S. 297 ff.*

Lyautey über die Wiederaufrichtung des Kolonialreiches. Aus einer Rede in Bordeaux, 1913:

**39** Lassen Sie mich Ihnen auch dafür danken, daß Sie gesagt haben, Marokko sei die Gelegenheit für ein Erwachen der französischen Seele gewesen und habe auf eine glückliche Art das Werk offenbart, das zu vollbringen ist! Es machte klar, daß es vor allem ein Werk der Befriedung ist, das Neues schafft, das Möglichkeiten entfaltet, das vermenschlicht, das die Fahne lieben läßt, unter deren Falten es vollbracht wird. Es sind nun 18 Jahre, daß ich Kolonialkrieg führe, und ich möchte sagen, es ist ein edler Krieg, weil er allein etwas anderes bewirkt als Ruinen zu hinterlassen, vielmehr im Gegenteil die Saat für das Leben aussät. Ich kenne nichts Tröstlicheres, in Tonking, in Madagaskar, in Algier wie in Marokko, als festzustellen, daß es französisches Blut ist, welches ungeheure Räume, die bis dahin un bebaut und unfruchtbar waren, belebt.

*Aus einer Rede in Bordeaux, die im Februar 1913 gehalten wurde: Paroles d'Action, S. 89*

### Über die französischen Kriegsziele

Weisung des Ministerpräsidenten Briand an den Botschafter Paul Cambon in London, 12. 1. 1917:

**40** Sie haben Lord Grey völlig richtig angezeigt, daß die Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens nicht nur keine Frage sein darf, sondern auch nicht als ein Vorteil, als eine Neuerwerbung angesehen werden darf . . . Wir nehmen unser Gut zurück, das uns gegen den Willen der Bevölkerung geraubt worden ist. Wohl verstanden müssen uns Elsaß und Lothringen nicht verstümmelt zurückgegeben werden, wie es durch die Verträge von 1815 geschehen ist, sondern in den Grenzen von vor 1790. Wir würden auf diese Weise auch das Land- und Grubengebiet der Saar erhalten, dessen Besitz für unsere Industrie wesentlich ist, und die Erinnerung der aufeinander folgenden Verstümmelungen unserer alten Grenze muß ausgelöscht werden.

Indessen wird bei dieser Gelegenheit notwendigerweise eine Frage aufgeworfen werden, nämlich die des linken Rheinufers. Erlauchte Geister in Frankreich, die an den ältesten Überlieferungen unserer nationalen Politik hängen, fordern es zurück als das verlorene

Erbe der Französischen Revolution, das notwendig ist, um das zu bilden, was Richelieu unser „Vorfeld“ nannte:

Es ist jedoch zu befürchten, daß uns die Rücknahme der Rheinprovinzen, die uns vor einem Jahrhundert weggenommen worden sind, als eine Eroberung angesehen wird und daß sie so geartet ist, uns große Schwierigkeiten zu schaffen. Wichtiger als ein glorreicher, aber fragwürdiger Vorteil ist jedoch, einen Zustand zu schaffen, der eine Garantie für Europa sowohl als auch für uns sein und der eine Deckung für unser Territorium abgeben müßte.

Nach unserer Ansicht darf Deutschland keinen Fuß mehr jenseits des Rheines fassen. Die Organisation dieser Gebiete, ihre Neutralität, ihre vorläufige Besetzung müssen in dem Gedankenaustausch zwischen den Alliierten ins Auge gefaßt werden; aber es kommt darauf an, daß Frankreich als das Land, das an der Gebietsverfassung dieser Gegend am unmittelbarsten interessiert ist, eine vorwiegende Stimme bei der Prüfung der Lösung dieser schweren Frage haben muß.

*Vertraulicher Brief des Ministerpräsidenten Briand an den Botschafter in London Paul Cambon als Instruktion für seine Verhandlungen mit dem Außenminister Balfour. Paris, 12. 1. 1917 in: G. Suarez, Briand, 4. Bd. (1940), S. 129 f.*

## IV. Der deutsche Imperialismus

### Das Sendungsbewußtsein

Erst nach dem Sturze Bismarcks, als die Regierung Kaiser Wilhelms II. den „neuen Kurs“ einschlug, trat das Deutsche Reich in den Wettstreit um die Verteilung der noch verfügbaren Teile der neuen Welt ein. Bei dem ständigen Bevölkerungswachstum, der schnell fortschreitenden Industrialisierung und der Ausweitung des Ausfuhrhandels strebten die herrschenden Kreise danach, dem deutschen Volke die nötigen Rohstoffbasen und Absatzmärkte zu sichern. Kann man diese Politik aber als echten Imperialismus bezeichnen? Es fehlten dem deutschen Nationalstaat, der erst so spät gegründet worden war, dazu gewisse natürliche Voraussetzungen. Es fehlte dem deutschen Volke aber vor allem ein unerschütterliches Sendungsbewußtsein. Mit Recht stellte der alldeutsche Schriftsteller Oberst Bernhardt am Beginn des ersten Weltkrieges fest: „Es fehlt uns ein klar bestimmtes politisches und nationales Ziel, das die Phantasie gefangennimmt, das Herz der Nation bewegt und zu einheitlichem Handeln zwingt.“

Das Programm der „Weltpolitik“, das von der Vertretern des neuen Kurses entworfen und von gewissen Wortführern der öffentlichen Meinung verbreitet wurde, war also eine Ersatzkonstruktion. Eine große Rolle spielte dabei das Vorbild des britischen Imperialismus, den man bekämpfte oder nachzuahmen versuchte. Es wäre ungerecht, dafür nur den Kaiser und seine Paladine verantwortlich machen zu wollen. Vielmehr waren, abgesehen von nationalistischen Kreisen, die die reine Machtpolitik propagierten, vor allem die Parteigruppen und Verbände des liberalen Bürgertums und der Hochfinanz sowie die idealistischen Herolde des demokratischen Kaisertums beteiligt. Ja, sogar unter den Sozialdemokraten gab es Männer, die die Weltpolitik als eine unausweichliche Aufgabe des Industriestaates ansahen. Doch alle Versuche, diese Weltpolitik volkstümlich zu machen, scheiterten an den inneren Spannungen des deutschen Staats- und Volksgefüges.

### Bekanntnisse Kaiser Wilhelms II. zur Weltpolitik

**41** Unsere afrikanischen Siedlungen haben das Deutsche Reich an der Aufgabe beteiligt, jenen Weltteil für christliche Gesittung zu gewinnen... Ich habe deshalb eine Verständigung zunächst mit England gesucht und gefunden, deren Inhalt und Zweck Ihnen mitgeteilt werden wird. *Thronrede vor dem Reichstag vom 22. 11. 1888*

Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, Mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern.

*Tischrede zum 18. 1. 1896*

Der Dreizack gehört in unsere Faust ... So ist es mein Wunsch, der Welt den Frieden zu erhalten, ... desgleichen aber nach außen die Ehre des Reiches in jeder Weise hochhalten zu können, unserer vaterländischen Arbeit und der Industrie der produzierenden Stände die Absatzgebiete zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen.

*Tischrede zur Denkmalseinweihung in Köln vom 18. 6. 1897*

Die Fahrt, die Du antreten wirst, und die Aufgabe, die Du zu erfüllen hast, bedingen an sich nichts Neues.. Es ist weiter nichts wie die erste Bestätigung des neugeeinten und neuerstandenen Deutschen Reiches in seinen überseeischen Aufgaben. Dasselbe hat in der staunenswerten Entwicklung seiner Handelsinteressen einen solchen Umfang gewonnen, daß es Meine Pflicht ist, der neuen deutschen Hansa zu folgen und ihr den Schutz angedeihen zu lassen, den sie vom Reich und vom Kaiser verlangen kann.. Es soll unter dem schützenden Panier unserer deutschen Kriegsflagge unserm Handel, dem deutschen Kaufmann, den deutschen Schiffen das Recht zuteil werden, das wir beanspruchen dürfen, das gleiche Recht, was von Fremden allen anderen Nationen gegenüber zugestanden wird.

*Verabschiedung des nach Ostasien gehenden Prinzen Heinrich, Kiel, 15. 12. 1897*

Ich bin es Ihnen dankbar, daß Sie mit Freuden und Anerkennung unserer Politik folgen. Es ist Mein Grundsatz, überall, wo ich kann, neue Punkte zu finden, an denen wir einsetzen können, an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen und das zu Nutzen machen können, was wir ihnen erworben haben.

*Erwiderung auf die Begrüßungsrede durch den Hamburger Bürgermeister auf der Elbe-Regatta am 17. 6. 1899*

Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm in der Ferne, jenseits von ihm, ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.

*Begrüßung des Prinzen Rupprecht von Bayern. Wilhelmshaven, 3. 7. 1900*

Zur Expedition nach Kiautschou führte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, aus:

**42** In Ostasien schien der Herr Abg. Dr. Schoenlank zu fürchten, daß wir uns in Abenteuer stürzen wollten. Fürchten Sie gar nichts, meine Herren! Der Herr Reichskanzler<sup>1</sup> ist nicht der Mann, und seine Mitarbeiter sind nicht die

<sup>1</sup> Reichskanzler war damals der friedfertige alte Fürst Chlodwig von Hohenlohe. Der Festsetzung in K. waren langwierige Verhandlungen mit Rußland, das ältere Rechte geltend machte, und England vorausgegangen.

Leute, irgend unnütze Händel zu suchen. Wir empfinden auch durchaus nicht das Bedürfnis, unsere Finger in jeden Topf zu stecken. Aber allerdings sind wir der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, Deutschland in zukunftsreichen Ländern von vornherein auszuschließen vom Wettbewerb anderer Völker. (Bravo!) Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem andern das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront, (Heiterkeit — Bravo!) — diese Zeiten sind vorüber. Wir betrachten es als eine unserer vornehmsten Aufgaben, gerade in Ostasien die Interessen unserer Schifffahrt, unseres Handels und unserer Industrie zu fördern und zu pflegen ...

Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. (Lebhaftes Bravo.) Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden. Mit einem Worte: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unsern Platz an der Sonne.

*Fürst Bülows Reden, hrsg. von J. Penzler, 1. Bd. (1907), S. 7 f.*

#### Von Bülow: Was heißt Weltpolitik?

**43** Im Laufe der Debatte vom 27. März 1900 hatte ich gegenüber dem Zentrumsabgeordneten Gröber, der mich um eine authentische Interpretation des Wortes „Weltpolitik“ gebeten hatte, ausdrücklich betont, daß ich unter Weltpolitik lediglich die Pflege und Entwicklung der uns durch die Ausdehnung unserer Industrie, unseres Handels und unserer Schifffahrt erwachsenen Aufgaben verstehe. Handels und unserer Schifffahrt erwachsenen Aufgaben verstehe. Das Anschwellen der deutschen überseeischen Interessen könnten wir nicht hemmen. Unseren Handel, unsere Industrie, die Arbeitskraft, Regsamkeit und Intelligenz unseres Volkes könnten wir nicht kappen. Wir dächten nicht daran, aggressive Expansionspolitik zu treiben. Wir wollten nur die schwerwiegenden Interessen schützen, die wir durch die natürliche Entwicklung der Dinge in allen Weltteilen erworben hätten ... Offensive Tendenzen lägen uns völlig fern, wir wollten keine abenteuerliche und keine phantastische Politik, wir wollten uns nur in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht auch fernerhin in Frieden entwickeln.

*Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, I (1930), S. 415 f.*

Die nationale und sozialpolitische Bedeutung der Weltpolitik. H. Delbrück schrieb dazu 1899:

**44** Auch die Kolonialpolitik sehe ich ebenso unter dem nationalen wie unter dem sozialen Gesichtspunkt an. Mit immer gesteigertem Erfolge und gesteigerter Intensität ist Europa seit 400 Jahren an der Arbeit, sich die übrige Welt zu unterwerfen und in seine Kultursphäre hineinzuziehen... Die Welt darf aber weder einmal vollständig englisch noch russisch werden... Wäre aber einmal die außereuropäische Welt völlig an eine oder zwei Sprachen... aufgeteilt, so wäre es unmöglich, daß die unbeteiligten europäischen Völker sich gegen solche Riesenmächte auf die Dauer behaupten. Das ist der Grund, warum Deutschland notwendig eine Kolonialpolitik im großen Stile treiben muß... Es muß große außereuropäische Gebiete schaffen, in denen die deutsche Nationalität, die deutsche Sprache und das deutsche Geistesleben die Möglichkeit weiterer Entfaltung haben... Die positive Aufgabe des deutschen Reiches ist die Ausbreitung des Deutschtums in den verschiedenen Formen der Kolonisierung, und hier sind die Franzosen unsere natürlichen Bundesgenossen.

Die Kolonialpolitik ist aber auch sozialpolitisch von höchster Bedeutung. Jedes gesunde Volk hat einen Überschuß an Menschenkraft, für den es neue Gebiete zu erwerben trachtet. Am stärksten aber ist dieser Überschuß in den höheren Ständen. Unausgesetzt drängen die tüchtigsten Elemente der Bevölkerung nach oben und gerade für sie einen Bewegungsraum zu schaffen, ist eine der wichtigsten Bedingungen für ein befriedigtes soziales Dasein... Es kann keine größere moralische Verschwendung geben, als wenn die jungen Männer, auf die die höchsten Mittel der Ausbildung und Erziehung verwendet sind, in den Jahren der größten Leistungsfähigkeit von 24—35, wie es heute so vielfach geschieht, brachliegen müssen... Unter Kolonialpolitik verstehe ich deshalb nicht bloß die Gründung von Kolonien im eigentlichen Sinne, auch nicht die mittelbare Beherrschung von Gebieten wie Schantung, sondern auch die Eröffnung und Gewinnung von Tätigkeiten, wie sie sich in Folge der Orientpolitik und namentlich der letzten Orientreise des Kaisers den Deutschen heute im türkischen Reiche bieten. Hier behält der Deutsche seine Nationalität, die er in Amerika verliert... Daß es eine Politik nicht ohne Gefahren ist, ein Unternehmen, das uns in scharfe Friktion, namentlich mit Rußland bringen kann, ist unverkennbar. Dennoch ist hier ein richtiges Ziel aufgesteckt.

Die Stellung der SPD zur Weltpolitik. Kautsky, der führende Theoretiker der Partei, sagte auf dem Parteitag zu Dresden 1903:

**45** ... „Man sagt dem Proletarier: Laßt uns hinausziehen in die weite Welt! Plündern wir die primitiven Völkerschaften und teilen wir die Beute, dann wird für uns beide mehr abfallen als heute! Und so spielt die Kolonialpolitik als Interessenharmonie zwischen Bourgeoisie und Proletariat überall dort eine große Rolle, wo dieser Revisionismus zu Ende gedacht wird und nicht in seinen Anfängen steckenbleibt. Ich erinnere auch da wieder an England, wo die Fabier auf seiten der kolonialen Eroberungspolitik stehen, an Frankreich, wo Sozialisten für den Chinafeldzug eingetreten sind. Und nun auf Deutschland zurückzukommen, muß ich wieder etwas von Bernstein vorlesen ...

Bernstein sagt in seinem Artikel in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘: Der Sozialismus und die Kolonialfrage: „Ohne koloniales Vordringen unsrer Wirtschaft würde das Elend, das wir heute in Europa noch vor uns sehen und auszurotten bestrebt sind, unendlich viel größer, die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer sein, als dies jetzt der Fall ist ... Selbst gegen das Konto der Kolonialgreuel gehalten, fällt der Vorteil, den die Kolonien gebracht haben, immer noch sehr tief in die Waagschale ... Die Sozialdemokratie ist in der Lage, die neueren Kolonialprojekte ganz unbefangen auf ihren sachlichen Wert prüfen zu können. In Ländern, die nicht schon kolonial überlastet sind, gebietet ihr keine wirtschaftliche Rücksicht, solchen Kolonialvorschlägen Widerstand entgegenzusetzen, die sich wirklich als erfolgversprechend erweisen.“

Das ist die grundsätzliche Billigung der Kolonialpolitik ... Ich bin anderer Meinung. Hier kann man eine Parallele ziehen zwischen der kolonialen Expansion und den Bestrebungen des Kapitalismus, das Kleinhandwerk zu ruinieren. Daß der Kapitalismus das Kleinhandwerk ruiniert, ist eine Naturnotwendigkeit, aber folgt daraus für uns etwa die Pflicht, bei diesem Expropriationsprozeß des Kleinhandwerks mitzutun? Nein, das müssen wir dem Kapitalismus allein überlassen ... Dieselbe Haltung müssen wir gegenüber der Kolonialpolitik einnehmen. Gewiß, die Ausdehnung des Kapitalismus in den Kolonien ist notwendig, und es wäre kindisch, ihn daran hindern zu wollen, aber die Herren Kapitalisten sollen, wenn sie außerhalb Deutschlands gehen, dies auf eigene Kosten und Gefahr tun, sie sollen nach Venezuela, China, Südfarika gehen, wohin sie wollen, aber sie sollen nicht verlangen, daß das deutsche Volk auch nur die Knochen eines einzigen Grena-

diers dafür opfert, daß die Bourgeoisie bei ihren Kolonialabenteuern auf die Kosten kommt.“ (Lebhafte Zustimmung.)

*Handbuch der sozialdemokrat. Parteitage von 1863 bis 1909, bearb. von W. Schröder, 1. Bd. (1910), S. 236*

## Deutsche Afrikapolitik

Carl Peters: Im Kampf um ein Ostafrikanisches Kolonialreich.

**46** Man mag über die Erwerbungspolitik der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in den Jahren 1885—1886 denken, wie man will, so viel kann man mit Bestimmtheit aussprechen, daß, wenn wir nicht „um uns gefressen hätten wie die Wölfe“, wir auch das Gebiet nicht erhalten hätten, welches die internationalen Verträge am Ausgang 1886 uns endgültig gesichert haben. Gerade daß wir nach Mombas, Malinde, den Komoren und Madagaskar griffen, machte Großbritannien und Frankreich geneigt, uns in unserem eigenen Schwerpunkt anzuerkennen, nur, um uns selbst vom Halse los zu werden. In Deutschland aber übertrumpften wir die Opposition, indem wir einfach über sie zur Tagesordnung gingen dadurch, daß wir immer neue Gebiete nahmen, während sie noch über die Annexion des Letzterworbenen zeterte. Die Offensive war auch diesmal, wie immer, die beste Defensive.

*C. Peters, Gesammelte Schriften I (1943), S. 203f.*

In Berlin herrschte 1889 diejenige allgemeine Politik, welche Graf Herbert Bismarck im Reichstage als „Kolonialehe mit England“ bezeichnet hat. Sie hat sich dann später unter den Nachfolgern des Fürsten Bismarck als Versuch „besserer Beziehungen mit England“ fortgesetzt. Man glaubte, eine überseeische Politik im Bunde mit dem britischen Reich treiben zu können: Von einer „Weltpolitik“ hing aber das Schicksal unserer Industrie und das Wohl und Wehe von Millionen unserer anschwellenden Bevölkerung ab. Wir waren also aus wirtschaftlichen Gründen zu ihr gezwungen. Aber sie mußte uns sicherlich in Gegensatz zu England bringen, und wir mußten demnach die Rückendeckung für sie von vornherein anderswo suchen.

Peters sprach sich ebenso wie die Flottenenthusiasten für eine Verständigung mit Frankreich — Rußland aus.

*Ebenda, S. 72*

Zum Einfall der Jameson-Freischar in Transvaal telegraphierte der Staatssekretär des Ausw. Amtes, Freiherr von Marshall, an den Botschafter in London, Grafen von Hatzfeld:

Tel. Nr. 359

Berlin, den 28. Dezember 1895

**47** Ich habe dem englischen Botschafter heute den Inhalt eines Telegramms unseres Konsuls in Pretoria mitgeteilt, wonach durch die englische Partei in Johannesburg Unruhen vorbereitet werden und die Regierung Maßregeln dagegen trifft. Daran anknüpfend habe ich Sir Frank auf die möglichen Folgen eines Zusammenstoßes hingewiesen und wiederum scharf betont, daß wir die Erhaltung der Unabhängigkeit des Transvaalstaates nach Maßgabe des Vertrags von 1884 verlangen und eine Änderung des Status quo in der von Cecil Rhodes bzw. der Kapregierung angestrebten Richtung als schwere Beeinträchtigung unserer kommerziellen Interessen nicht akzeptieren könnten.

Marschall

Am 31. Dezember 1895 ließ der britische Ministerpräsident, Lord Salisbury, im Auswärtigen Amt mitteilen, der Staatssekretär des Kolonialamtes Joseph Chamberlain bemühe sich mit allen Kräften, den Ausbruch der Unruhen zu verhindern. Trotzdem erfolgte ein bewaffneter Einfall, der jedoch am 2. Januar 1896 von den Buren zurückgewiesen wurde. Die deutsche Regierung unternahm darauf Protestschritte in London, und außerdem richtete der Kaiser am 3. Januar das folgende, berühmt gewordene Telegramm an den Präsidenten Ohm Krüger, das in England einen Sturm der Entrüstung erregte und in Deutschland die Wogen der Burenbegeisterung hochgehen ließ:

Die Krügerdepesche, 3. 1. 1896:

**48** Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hülfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren<sup>1</sup>.

*Aktenausgabe: Die Große Politik der Europäischen Kabinette, 11. Bd., S. 15 n. 31*

<sup>1</sup> Der Entwurf des Telegramms stammt von dem Leiter der Kolonialabteilung Geh.Rat Kayser. Der Absendung der Depesche war eine Sitzung vorausgegangen, in welcher der erregte Herrscher anfangs für sehr weitgehende Maßnahmen eingetreten war. Zur strittigen Vorgeschichte vgl. E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg, 2. Aufl. (1939) 110 ff.

Der Vertrag über die Teilung der portugiesischen Kolonien vom 30. 8. 1898:

**49** Im Rahmen eines Abkommens über die möglicherweise von der portugiesischen Regierung beantragten Anleihen, die durch Zoll- oder sonstige Einnahmen aus Mozambique, Angola und dem portugiesischen Teil der Insel Timor gesichert werden sollten, wurde folgende Geheimkonvention vereinbart:

1. Deutschland und Großbritannien werden gemeinsam der Einmischung einer dritten Macht in den erwähnten Gebieten entgegenzutreten.

2. Die beiden Mächte verpflichten sich, „keinen Anspruch irgendwelcher Art auf Besitz, Besetzung, Kontrolle oder Ausübung politischen Einflusses in den Teilen oder über die Teile der Portugiesischen Provinzen zu erheben“, die dem andern Partner zugewiesen sind.

3. Für den Fall, daß Portugal auf seine souveränen Rechte über die genannten Gebiete verzichten oder sie auf irgendeine andere Weise verlieren sollte, ist ausgemacht, daß die Untertanen und Protektoratseingeborenen beider Teile an allen Rechten teilhaben sollen, deren sich die Schutzbefohlenen des anderen Teils erfreuen<sup>2</sup>.

*Auszug nach dem amtlichen Text: ebenda, 14. Band, S. 351 ff.*

### Die China-Expedition und die zweite Flottenvorlage

Richtlinien für die Chinapolitik. Auszug aus der Instruktion für den Befehlshaber des Kreuzergeschwaders Admiral Bendemann vom 30. 6. 1900:

**50** 1. Ziel der Aktion Seiner Majestät des Kaisers in China ist die energische Wahrung der künftigen Sicherheit der Europäer und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen.

2. Unnötige Erschütterung oder gar eine Aufteilung des Chinesischen Reiches ist als unseren Interessen nicht entsprechend zu vermeiden.

3. Die Parole des Augenblicks muß vielmehr sein: Wiederherstellung des Status quo vor den gegenwärtigen Wirren, gemeinsam zwischen den Mächten zu vereinbarende Garantie seitens der chinesischen Zentralregierung für die künftige Erhaltung der Ruhe und möglichste Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür.

<sup>2</sup> Das Abkommen hatte keine praktischen Folgen, da die Portugiesen, vielleicht durch britische Finanzhilfe, keine Anleihen aufzunehmen brauchten. Die Angelegenheit wurde jedoch noch einmal erörtert, als im Jahre 1913/14 über eine deutsch-englische Verständigung verhandelt wurde, die dann durch den Ausbruch des Weltkrieges illusorisch wurde.

4. Hierfür ist die Erteilung eines Einzelmandats an die eine oder andere Macht nicht geeignet.

5. Vielmehr können nur durch einmütiges Zusammengehen aller europäischen Mächte (einschließlich Amerikas) sowie ihrer politischen und militärischen Repräsentanten die europäischen Gesamtinteressen in China so gewahrt werden, wie dies Seiner Majestät Intentionen und dem Wohl der zivilisierten Welt entspricht.

*Ansatz aus der Instruktion für den Befehlshaber des Kreuzergeschwaders Admiral Bendenmann vom 30. 6. 1900: Große Politik, 16. Bd., S. 25*

Weisung des Staatssekretärs Grafen von Bülow von Wilhelmshaven aus an das Auswärtige Amt, 3. 7. 1900:

**51** Auch nach der Ermordung des Freiherrn von Ketteler wird unsere Politik in Ostasien eine besonnene, ruhige und nüchterne bleiben. Wir werden insbesondere vermeiden, was die Eintracht unter den Mächten stören könnte, weiter Fühlung mit Rußland halten, England nicht abstoßen, auch Japan und Amerika freundlich behandeln. Die Situation hat sich aber insofern durch die Niedermetzelung unseres Gesandten verändert, als es jetzt vor allem darauf ankommt, der Nation zu zeigen, daß diejenigen, welche ihre Geschäfte führen, das deutsche Ansehen und die deutsche Ehre mit Schnelligkeit und Nachdruck zu wahren wissen <sup>3</sup>.

*Ebenda, Nr. 4546, S. 31*

Aus der Rede des Staatssekretärs von Bülow zur Begründung des zweiten Fottengesetzes vom 11. 12. 1899 <sup>4</sup>:

**52** Man hat gesagt, meine Herren, daß in jedem Jahrhundert eine Auseinandersetzung, eine große Liquidation stattfindet, um Einfluß, Macht und Besitz auf der Erde neu zu verteilen . . . Die Kriege der letzten Jahre haben große, tief einschneidende, weitreichende Entscheidungen herbeigeführt . . . Niemand kann übersehen, welche Konsequenzen der Krieg haben wird, der seit einigen Wochen Südafrika in Flammen setzt . . . Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage,

<sup>3</sup> Diese Weisung zeigt, daß bei der Reichsregierung Prestige Gesichtspunkte mit im Spiele waren. Der Kaiser kaprizierte sich darauf, daß der „Kreuzzug Europas“ unter deutscher Führung unternommen wurde. Aber es dauerte bis Mitte August, bis die anderen Mächte ihre Zustimmung zur Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber erteilten (vgl. W. Langer, *The Diplomacy of Imperialism*, 2. Aufl. [1951], S. 699 ff.).

<sup>4</sup> Die erste Flottenvorlage vom 10. April 1898 hatte den Schiffsbestand auf 17 Linienschiffe, 8 Küstenpanzer, 35 Kreuzer und die nötigen Ersatzbauten festgesetzt. Die zweite Vorlage, die mit den neuen Erwerbungen und den stetig wachsenden deutschen Überseeinteressen begründet wurde, sah fast eine Verdoppelung des ursprünglichen Bestandes vor.

im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizierten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, die wir einzunehmen haben . . .

Untätig beiseite stehen, wie wir das früher oft getan haben, . . . träumend beiseite stehen, während andere Leute sich in den Kuchen teilen, das können wir nicht und wollen wir nicht . . . Die rapide Zunahme unserer Bevölkerung, der beispiellose Aufschwung unserer Industrie, die Tüchtigkeit unserer Kaufleute, kurz, die gewaltige Vitalität des deutschen Volkes haben uns in die Weltwirtschaft verflochten und in die Weltpolitik hineingezogen. Wenn die Engländer von einem Greater Britain reden, wenn die Franzosen sprechen von einer Nouvelle France, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland (Bravo rechts, Heiterkeit links) nicht im Sinne der Eroberung, wohl aber im Sinne der friedlichen Ausdehnung unseres Handels und seiner Stützpunkte . . . Schon durch die Notwendigkeit der Kohlenbeschaffung sind wir angewiesen auf die Erwerbung maritimer Stützpunkte . . . Der Kreis und der Umfang unserer überseeischen Interessen — da liegt der Kernpunkt der Frage — hat sich sehr, sehr viel rascher und sehr, sehr viel intensiver entwickelt als die materiellen Machtmittel, um diese Interessen so zu schützen und zu fördern, wie dies notwendig ist . . .

*Fürst Bülow's Reden I, S. 89 ff.*

## Die Orientpolitik und die Bagdadbahn

### Rückblick Bülow's auf die Orientpolitik

**53** Die Beziehungen zur Türkei und zum Islam haben wir namentlich seit der Orientreise unseres Kaiserpaares sehr sorgsam gepflegt. Diese Beziehungen waren nicht sentimentaler Natur, sondern wir hatten am Fortbestand der Türkei ein erhebliches wirtschaftliches, militärisches und auch politisches Interesse. Die Türkei war für uns in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ein ergiebiges und fruchtbares Betätigungsfeld, auf das schon Rodbertus und Friedrich List hingewiesen hatten, und das wir mit großem Vorteil bestellt haben. Für den unerwünschten, aber nicht unmöglichen Fall eines allgemeinen Krieges hätte sich die militärische Kraft der Türkei zu unserem Nutzen fühlbar machen können. Für unseren österreichischen Bundesgenossen war die Türkei der denkbar bequemste Nachbar. Daß ihr Zusammenbruch einen Verlust für uns bedeutete, zeigte die Einbringung der letzten Militärvorlage, die

mit der durch den Balkankrieg geschaffenen Situation begründet wurde... Die Türkei ist lange Jahre ein nützliches und wichtiges Glied in der Kette unserer politischen Beziehungen geblieben.

*Fürst von Bülow in: Deutschland unter Kaiser Wilhelm II. Bd. I (1915), S. 31*

Auf der erwähnten Orientreise, die der Kaiser im Herbst 1898 unternahm, sagte er bei einem von der Stadt Damaskus zu seinen Ehren gegebenen Festmahl: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die dreihundert Millionen Mohammedaner, die auf Erden zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“ Auf einen ähnlichen Ton war auch die Ansprache gestimmt, die der Kaiser nach seiner Landung in Tanger (1905) zur Einleitung der ersten Marokkokrise hielt.

Die Bagdadbahn. Als der eigentliche Schöpfer der Bagdadbahn ist der Direktor der Deutschen Bank, Georg von Siemens, anzusehen. Zu Beginn der Regierung Kaiser Wilhelms II. hatte die Deutsche Bank dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, sie wolle sich um die Konzession für den Bau und Betrieb des anatolischen Eisenbahnnetzes bewerben und frage an, ob sie dabei auf diplomatische Unterstützung durch das Reich rechnen könne. Bismarck, der die Antwort selbst redigierte, bejahte die Frage, fügte aber hinzu:

**54** In der Tat gehen deutsche Unternehmer durch Kapitalanlagen in anatolischen Eisenbahnbauten ein Risiko ein, welches zunächst in der Schwierigkeit der Rechtsverfolgung im Orient liegt, aber durch kriegerische und andere Verwicklungen noch gesteigert werden kann. Die darin für deutsches Kapital liegenden Gefahren werden ausschließlich den Unternehmern zur Last fallen, und werden die letzteren nicht darauf rechnen dürfen, daß das Deutsche Reich sie gegen die mit gewagten Unternehmungen im Auslande verbundenen Wechselfälle sicherstellen werde.

*Vgl. K. Helfferich, Georg von Siemens III (1923), S. 33 ff.*

Im Juni 1890 wurde die Anfangsstrecke eröffnet, und bald wurde der Weiterbau eine Lieblingsidee des Sultans, der die Unterstützung des deutschen Kaisers erbat und erhielt. Aber England und Frankreich forderten die Beteiligung an dem Riesenunternehmen, von den Quertreibereien Rußlands ganz zu schweigen. Obgleich der Deutschen Bank 1903 endgültig die Konzession zum Bau der Bahn bis zum Persischen Golf übertragen wurde, blieb die Verwirklichung des Projektes abhängig von den Wandlungen der großen Politik. Der Bahnbau erhielt neuen Auftrieb, als der bisherige Staatssekretär Freiherr von Marschall im Herbst 1897 als Botschafter nach Konstantinopel ging.

Bericht des deutschen Botschafters in Konstantinopel vom 9. 4. 1898:

**55** Der lebhafteste Wunsch des Sultans, daß möglichst bald die Verlängerung der Anatolischen Bahn in der Richtung von Bagdad in Angriff genommen werde, in Verbindung mit der Tatsache, daß zur Zeit verschiedene Eisenbahnprojekte nicht deutscher Unternehmungen in Vorbereitung sind, die schon insofern unseren Interessen zuwiderlaufen, als sie geeignet sind, die Garantielast des türkischen Staates zu vermehren und staatliche Einnahmen anderwärts festzulegen, die wir für das deutsche Unternehmen bedürfen, — alle diese Umstände haben in mir die Überzeugung bekräftigt, daß für uns die Zeit des Zuwartens zu Ende geht und wir den Wünschen des Sultans nicht mehr wie bisher durch Ausdruck des guten Willens für die Zukunft, sondern durch tatsächliche Inangriffnahme gewisser Vorarbeiten, natürlich im Austausch gegen Konzessionen von türkischer Seite, entgegenkommen müssen. Dabei handelt es sich um zwei Unternehmungen, einmal die Verlängerung der Anatolischen Bahn um einige hundert Kilometer in der Richtung von Bagdad und dann um das von dem Sultan befürwortete Projekt der Korrektur des Tigris und Euphrat und der Errichtung einer Schiffahrtsgesellschaft auf beiden Flüssen . . . (Marschall rät, dem Sultan bald zu zeigen, „daß wir de facto — wenn auch nur in ganz vorsichtiger Weise — die Erfüllung seiner Lieblingswünsche anbahnen“, weil man nur so die von nichtdeutschen Unternehmern verlangten Eisenbahnkonzessionen in Anatolien bekämpfen könne.)<sup>5</sup>

*Große Politik, 14. Bd., 2. Nr. 3975 vom 9. 4. 1898*

## Über die deutschen Kriegsziele

Friedrich Naumann: Mitteleuropa, 1915:

**56** . . . Nur im Krieg sind die Gemüter bereit, große umgestaltende Gedanken in sich aufzunehmen . . . Das, wovon ich reden will, ist das Zusammenwachsen derjenigen Staaten, die weder zum englisch-französischen Westbunde gehören noch zum russischen Reiche, vor allem aber ist es der Zusammenschluß des Deutschen Reiches mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie; denn alle weite-

<sup>5</sup> Im September 1909 beantragte die englische Regierung bei der türkischen eine eigene Konzession für eine Eisenbahn von Bagdad durch das Tigris-tal zum Persischen Golf. Die anschließenden Verhandlungen, die sich über Jahre hinzogen, führten schließlich im Jahre 1913 zu einer Einigung mit England über den Bau der Endstrecke. Der Vertrag, der als ein Gestaltungsmoment für die parallellaufenden Verständigungsversuche über den Flottenbau angesehen wurde, wurde jedoch genau so wenig wirksam wie der über die portugiesischen Kolonien (s. o. S. 41).

ren Pläne über mitteleuropäische Völkerverbindungen hängen davon ab, ob es gelingt, zuerst die zwei Zentralstaaten selber zusammenzufassen...

Alle Mitkämpfer des Weltkrieges fühlen unmittelbar, daß in der gegenwärtigen und zukünftigen Zeit keine kleinen und mittleren Mächte mehr große Politik machen können.. Nur ganz große Staaten haben noch etwas Eigenes zu bedeuten, alle kleineren leben von der Ausnutzung des Streites der Großen oder müssen sich Erlaubnis holen, wenn sie eine ungewohnte Bewegung machen wollen. Die Souveränität, das heißt die Freiheit der weltgeschichtlichen Entschließung, hat sich an ganz wenigen Stellen auf der Erdkugel gesammelt... Der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfaßt. Man denkt, wie einst Cecil Rhodes sich ausdrückte, „in Erdteilen“. Wer klein und allein sein will, wird trotzdem von selber mit abhängig von den Lageveränderungen der großen Mächte. Das folgt aus dem Zeitalter des Verkehrs und aus der zentralen Technik der Heere. Wer unverbündet ist, ist isoliert; wer isoliert ist, ist gefährdet. In dieser heraufziehenden Geschichtsperiode der Staatenverbände und Massenstaaten ist Preußen zu klein und Deutschland zu klein und Österreich zu klein und Ungarn zu klein. Kein solcher Einzelstaat hält einen Weltkrieg aus... Darum ist heute der mitteleuropäische Bund kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit.

*F. Naumann, Mitteleuropa. (1915), S. 1 u. 4*

Vereinbarung über ein Minimalprogramm der Friedensbedingungen zwischen dem Reichskanzler Bethmann Hollweg und dem österr.-ungar. Außenminister Czernin in der Fassung vom 23. 4. 1917:

#### Osten

**57** 1. Kurland und Litauen sind bis zu der von der O. H. L. <sup>6</sup> bezeichneten Linie für das Deutsche Reich zu gewinnen. Sollte sich der Erwerb von Teilen der übrigen Ostseeprovinzen einschließlich der Inseln vor dem Rigaer-Busen erreichen lassen, so ist er anzustreben...

2. Die Gestaltung der deutschen Grenze gegen Polen ist abhängig von dem zukünftigen Verhältnis Polens zum Deutschen Reich... Gelingt es, unsere Vorherrschaft in Polen militärisch, politisch und wirtschaftlich zu sichern, so kann die O. H. L. teilweise von der bisher geforderten Grenzlinie ablassen... Bei Festlegung der polnischen Ostgrenze gilt der Gedanke, dem polnischen Staat eine

<sup>6</sup> Obersten Heeresleitung

Ausdehnungsmöglichkeit nach Osten zu geben. Doch soll hierdurch die Verständigung über Kurland und Litauen nicht gefährdet werden.

3. Für Kurland und Litauen kann Rußland in Ostgalizien ... und der Moldau entschädigt werden ... Rumänien soll so groß wie möglich bleiben ... Serbien könnte ... mit Montenegro und Albanien als südslawischer Staat an Österreich-Ungarn angegliedert werden ... Die Sicherung der deutschen Öinteressen in Rumänien muß erreicht werden.

### Westen

1. Belgien bleibt bestehen und wird in deutsche militärische Kontrolle genommen solange, bis es für ein Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland politisch und wirtschaftlich reif ist. Das Ende dieses Übergangszustandes bestimmt seiner Zeit Deutschland. Jedoch bleiben aus militärisch-strategischen Gründen dauernd in deutschem Besitz (oder in 99jähriger Pacht): Lüttich und die flandrische Küste mit Brügge. Die Abtretungen sind unabweisbare Bedingungen für den Frieden mit England ...

3. Das Erz- und Kohlenrevier von Briey-Longwy muß für Deutschland erworben werden<sup>7</sup>.

*Auszug aus der Aufzeichnung über die Kreuznacher Besprechungen: Werk des Parl. Untersuchungsausschusses, 4. Reihe, 12. Bd., S. 200 f.*

<sup>7</sup> Bekanntlich haben alle Gruppen, die den Verständigungsfrieden anstrebten, dieses Annexionsprogramm, das von der OHL vor allem aus strategischen Gründen vertreten wurde, erbittert bekämpft. Eine Einigung über die Kriegsziele ist bis zum Zusammenbruch nicht erreicht worden.

## V. Der amerikanische Imperialismus

### Das Sendungsbewußtsein

Landläufig wird angenommen, die Vereinigten Staaten seien erst seit ihrem Kriege gegen Spanien (1898) eine imperialistische Macht geworden. In Wirklichkeit waren jedoch ein mächtiger Ausdehnungsdrang und das entsprechende Selbstbewußtsein der jungen Nation eingeboren. Ihr Sendungsbewußtsein wurzelt im Puritanismus, und zwar in der Sonderart, die durch die Pilgerväter und die Gründung ihrer theokratischen Staaten ausgebildet wurde. In ihnen wurde der an die Gemeinden der Auserwählten gerichtete Missionsauftrag zur Richtschnur, durch die Ausbreitung des Christentums menschliche Gesittung auch bei den Wilden und Ungläubigen einzupflanzen.

Dieser Kulturauftrag wandelte sich dann mit der Aufnahme des Vernunft- und Fortschrittsglaubens der Aufklärung. Sie führte zur Ausbildung des Naturrechts und einer humanitären Moralphilosophie. Auf ihrem Boden wurde das revolutionäre Programm der Menschen- und Bürgerrechte entwickelt und dann im Unabhängigkeitskrieg verwirklicht. Das Bekenntnis zur Demokratie und die Verpflichtung, die Ideale der Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaft und im Leben der Völker durchzusetzen, blieb das Grundgesetz der amerikanischen Geschichte. Die Verschmelzung religiöser aufklärerischer Ideale und die großen Erfolge, die der amerikanischen Republik zufielen, verliehen den Bürgern der neuen Welt ein Gefühl der Überlegenheit über die Lebensformen der alten Welt und das Vertrauen in die Schicksalsbestimmung Amerikas, eine Erneuerung der Menschheit herbeizuführen.

### Manifest Destiny

**58** Es war im Jahre 1845, daß der Ausdruck „Manifest Destiny“ — er war während des großen Zuges zum Westen zum Leitstern geworden — eine weit verbreitete populäre Begeisterung für die endgültige Amerikanisierung des ganzen Kontinents auskristallisierte. Auf Mexiko gerichtet, unterstützte diese nationale Bewegung den Krieg; aber „Manifest Destiny“ war seinem Wesen nach ein friedfertiges Schlagwort... Seine Seher und Propheten predigten keineswegs militärische Bereitschaft. Sie verließen sich auf die Speerspitzen friedlicher Durchdringung und die Triebkraft politischer Grundsätze... Schon Jefferson war der „erste Apostel“ von „Manifest Destiny“ gewesen und hatte den endlichen Besitz des ganzen nordamerikanischen Kontinents als die natürliche Ordnung der Dinge in der neuen Welt angesehen.

*S. F. Bemis, A Diplomatic History of the United States. 3. Aufl. (1951), S. 300 ff.*

**Karl Schurz** über die amerikanische Mission. Aus einer Rede 1859:

**59** Die allgemeine Gleichheit der Interessen ist das einzige, was die Stabilität demokratischer Einrichtungen garantieren kann.

Gleichheit der Rechte, die in allgemeiner Selbstregierung verkörpert ist, ist das große moralische Element wahrer Demokratie; sie ist das einzig verlässliche Sicherheitsventil in der Maschinerie der modernen Gesellschaft. Das ist das solide Fundament unseres Regierungssystems; da liegt unsere Mission; da liegt unsere Größe; da liegt unsere Sicherheit; da und nirgendwo anders! Das ist der wahre Amerikanismus, und ihm zolle ich den Tribut meiner Verehrung...

Die Inschrift unseres Banners ist „Freiheit und gleiche Rechte“, die allen gemein sind wie die Luft des Himmels, Freiheit und gleiche Rechte, eins und unteilbar. Mit diesem Banner stehen wir vor der Welt. In diesem Zeichen... liegt der Sieg. Und so beabsichtigen wir die große kosmopolitische Idee zu verwirklichen, auf welcher das Dasein der amerikanischen Nation beruht. So beabsichtigen wir die große Sendung des wahren Amerikanismus zu erfüllen — und so beabsichtigen wir die ängstliche Frage der niedergetretenen Menschheit zu beantworten: „Hat der Mensch die Möglichkeit, frei zu sein und sich selbst zu regieren?“ Die Antwort ist ein triumphierendes „Ja“, das in die Ohren der Despoten der alten Welt donnert, daß ein Mensch trotz allem ein Mensch ist.

*Aus einer Rede von Karl Schurz, die er am 18. 4. 1859 in Boston hielt.*

#### Wider die Isolierungspolitik, 1897:

**60** Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen. Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es in steigendem Maße. Die Lage der U. S. zwischen zwei alten Welten und zwei großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch, der bald durch die Schaffung des neuen Bindegliedes bestärkt werden wird, das den Atlantik und den Pazifik verbindet. Die Tendenz wird unterhalten und verstärkt durch das Anwachsen der europäischen Kolonien im Pazifik, durch die fortschreitende Zivilisierung Japans und durch die rasche Besiedlung unserer pazifischen Staaten mit Menschen, die alle den Angriffsgestalt der vorgeschobenen Linien des nationalen Vordringens in sich tragen. Nirgends findet eine kraftvolle Außenpolitik mehr Begünstigung als bei den Leuten westlich der Rocky Mountains.

*Aus Alfred Thayer Mahan<sup>1</sup>, The Interest of America in Sea Power (1897), zitiert nach „American Issues“, hrsg. von W. Thorp u. a., Bd. 1 (1941), S. 906*

<sup>1</sup> Als Verfasser des Buches „The Influence of Sea Power upon History“ (1890) wurde Mahan der Begründer der modernen angelsächsischen Seestrategie. Präsident Theodore Roosevelt wünschte, daß dieses Buch als klassisches Werk allgemein bekannt würde.

## Programm des Anti-Imperialismus-Bundes

**61** Wir halten dafür, daß die Politik, die unter dem Namen „Imperialismus“ bekannt ist, der Freiheit feindlich ist und zum Militarismus neigt, von dem frei zu sein unser Ruhm gewesen ist. Wir bedauern, daß es in dem Lande Washingtons und Lincolns nötig geworden ist, aufs neue zu versichern, daß alle Menschen, von welcher Farbe und Rasse sie sein mögen, das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück haben. Wir behaupten, daß Regierungen ihre gerechte Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten. Wir bestehen darauf, daß die Unterwerfung irgendeines Volkes „kriminelle Aggression“ und offene Untreue gegen die ausgesprochenen Prinzipien unserer Regierung ist. Wir verdammen ernstlich die Politik der gegenwärtigen Nationalverwaltung auf den Philippinen. Sie sucht den Geist von 1776 auf diesen Inseln auszulöschen... Wir klagen das Hinschlachten der Filipinos als einen unnötigen Greuel an. Wir protestieren gegen die Ausdehnung der amerikanischen Souveränität mit spanischen Methoden...

*Platform of the American Anti-Imperialistic League. Ebenda, S. 911*

### Der unwiderrufliche Missionsauftrag

**62** Mitamerikaner! Wir sind Gottes auserwähltes Volk... Seine Hand hielt uns. Abraham Lincoln war sein Diener, und sein war der Altar der Freiheit, den die blauen Jungen auf hundert rauchenden Schlachtfeldern errichteten... Seine großen Ziele werden in dem Vordringen der Flagge enthüllt, das über die Pläne der Kongresse und Kabinette hinausgeht und uns als eine heilige Rauchsäule bei Tag und Feuersäule bei Nacht in Lagen führt, die irdische Weisheit nicht voraussehen kann, und zu Pflichten, die das unprophetische Herz der Selbstsucht nicht erwartet. Das amerikanische Volk kann kein unehrliches Zahlungsmittel benutzen; es liegt an uns, der Welt ein Beispiel von Recht und Ehre zu geben. Wir können vor unseren Pflichten nicht entfliehen; es ist an uns, die Ziele einer Bestimmung zu erfüllen, die uns dazu getrieben hat, größer als unsere eigenen Absichten zu sein. Wir können uns nicht von irgendeinem Stück Land zurückziehen, wo die Vorsehung unser Banner entfaltet hat. An uns ist es, jenes Stück Land für die Freiheit und die Zivilisation zu retten.

*Aus Albert J. Beveridge<sup>2</sup>, The March of the Flag (1898). Ebenda, S. 916*

<sup>2</sup> Beveridge war einer der Redner der „progressiven“ Republikaner, der Theodore Roosevelt unterstützte.

## Grundsätze der Politik des „Großen Stocks“ und der Dollardiplomatie

Die Vereinigten Staaten als Weltpolizist. Im Anschluß an den Venezuela-konflikt mit Deutschland erklärte Präsident Roosevelt in seiner Jahresbotschaft vom 3. Dezember 1901, die Vereinigten Staaten würden keine lateinamerikanischen Staaten vor Bestrafungen schützen, vorausgesetzt, daß diese nicht zu Gebietseroberungen führten.

Als 1904 San Domingo in finanzielle Schwierigkeiten geriet, errichtete er ein Protektorat über die Insel ... und gab dann in seiner Jahresbotschaft von 1904 seiner Interventionspolitik ihre genauere Fassung:

**63** Fortgesetztes Mißverhalten und Unfähigkeit, Ordnung aufrechtzuerhalten, wodurch schließlich leicht eine allgemeine Lockerung der Bande gesitteter Gesellschaft entstehen würde, könnten in Amerika und auch anderswo eventuell die Intervention von seiten zivilisierter Nationen erfordern. Auf der westlichen Halbkugel würde das Festhalten am Monroeschen Grundsatz die Vereinigten Staaten, so ungern sie es täten, in besonders schlimmen Fällen des Mißverhaltens und der Unfähigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, dazu nötigen, die internationale Polizeigewalt auszuüben.

Im Jahre 1908 sagte der Staatssekretär Elihu Root voraus, „die Gründe, die in Kuba zur Intervention geführt hätten, würden zu einem gleichen Schritt im Falle Haitis oder Nikaraguas Veranlassung geben, wenn die dortigen amerikanischen Interessen dieselbe Bedeutung annähmen“.

*Scott Nearing u. Joseph Freeman, Dollardiplomatie. Deutsche Übersetzung (1927), S. 388 f.*

### Präsident Taft über Dollardiplomatie

**64** Während der Präsidentschaft Taft hatte sich die amerikanischen Geldgeber zugestandene Unterstützung durch das Staatssekretariat zu einer bestimmten und scharf ausgeprägten Politik ausgebildet, daß man ihr ganz allgemein den Namen „Dollar-Diplomatie“ beilegte ... *Sie wurde in einer Kongreßbotschaft vom 3. Dezember 1912 wie folgt umschrieben:* „In China hat die Politik der Förderung der Unterbringung amerikanischer Kapitalien im Ausland, um den Ländern den Weg zum Fortschritt zu ebnen, den Erfolg gezeitigt, daß neues Leben entstand und die Politik der Offenen Tür praktisch wurde. Der stets im Auge behaltene Zweck der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten ist der, die Nutzbarmachung amerikanischer Kapitalien zur Erschließung

Chinas dadurch zu fördern, daß die unerläßlichen Reformen zur Durchführung gelangen, zu denen China den Vereinigten Staaten und andern Nationen gegenüber vertraglich verpflichtet ist.“...

Die Rolle des Monroeschen Grundsatzes im karibischen Gebiete und sein Zusammenhang mit den Interessen der amerikanischen Bankinstitute sind von Taft wie folgt dargelegt worden:

Es liegt auf der Hand, daß der Monroesche Grundsatz in nächster Nähe des Panamakanals und der karibischen Zone von größerer Lebenswichtigkeit ist als irgendwo sonst... Es ist daher unumgänglich nötig, daß die innerhalb dieser Zone liegenden Länder der exponierten Lage, die mit erheblicher Verschuldung ans Ausland und verworrenen einheimischen Finanzen verbunden ist, wie der immer drohenden Gefahr enthoben werden, die internationale Verwicklungen als Folgeerscheinungen von Störungen der Ordnung im Innern zur Folge zu haben pflegen; die Vereinigten Staaten sind somit stets gerne bereit gewesen, amerikanischen Bankinstituten, die bei der finanziellen Sanierung solcher Länder mitzuhelfen gesonnen waren, Ermutigung und Unterstützung angedeihen zu lassen...

*Ebenda, S. 393 ff.*

## **Die mittelamerikanische Protektoratspolitik**

### **Die Begründung des Protektorats über Kuba**

**65** Der Eifer der Politiker, die sich durch die Unterstützung neuer und sicherer Ziele in der Außenpolitik in den Vordergrund schieben wollten, überrannte die Zurückhaltung der Geschäftsleute und spielte einer kleinen Gruppe von jungen Republikanern in die Hände, die die Gelegenheit ausnützten, ihre „große Politik“ zu fördern: für die Vereinigten Staaten die strategische Herrschaft über das Karibische Meer und von den beiden Ozeanen aus die Zugänge zu dem zukünftigen Landengenkanal zu erwerben, dessen Notwendigkeit täglich offensichtlicher wurde. Die Herrschaft über Kuba war der Schlüssel zu dieser Politik. Die Führer dieser Gruppe waren der Senator Henry Cabot Lodge von Massachusetts und Theodore Roosevelt, Unterstaatssekretär im Marineamt.

*Bemis, S. 442 f.*

## Die Gründung der Republik Panama.

**66** Das Kernstück des amerikanischen Imperialismus war die mittelamerikanische Politik, insbesondere die Pläne eines Kanalbaues durch die Landenge von Panama. Eine französische Gesellschaft unter der Leitung des Erbauers des Suezkanals, Ferdinand von Lesseps, hatte in den Jahren 1881—1887 etwa ein Drittel der Landenge durchstoßen, als sie in einem Riesenskandal verkrachte. Eine amerikanische Gesellschaft, die Anfang der 90er Jahre eine Konzession von Nikaragua erhalten hatte, ereilte das gleiche Schicksal. Nach dem Siege über Spanien erhielt das Unternehmen dann neuen Auftrieb, als es in den sogenannten Hay-Pauncefote-Verträgen (1900/1901) gelang, die Einwilligung Englands für den Bau des Kanals durch die Amerikaner zu erreichen. Sehr schwierig gestalteten sich dann die Verhandlungen mit den Anliegerstaaten. Doch Ende Januar 1903 wurde ein Vertrag mit Kolumbien abgeschlossen, wonach eine neu gegründete Panama-Kanalgesellschaft die Rechte und Anlagen der verkrachten französischen Gesellschaft übernahm und die Kanalzone für den erstaunlich geringen Kaufpreis von 40 Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten überließ. Da der kolumbische Senat diesen leoninischen Vertrag ablehnte, gründete Präsident Roosevelt durch eine geschickt improvisierte Revolution die Republik Panama.

Mr. Bunau-Varilla, der einst der Chefindenieur der französischen Gesellschaft auf der Landenge gewesen war, eilte von Paris nach den USA. Er und ein New Yorker Rechtsanwalt, der der Berater für die französische Gesellschaft war, organisierten eine Revolution im Staate Panama, und zwar mit den Angestellten der Panama-Eisenbahngesellschaft als ihrer Hilfstruppe.

Daraufhin beorderte der Präsident am 2. November 1903 Kreuzer nach Panama, „um den freien und ungehinderten Durchgangsverkehr aufrechtzuerhalten“. Die Verschwörer faßten das mit Recht so auf, daß die USA eine Landung kolumbischer Truppen zur Unterdrückung der Erhebung verhindern wollten. Und so geschah es auch, als die Revolution am folgenden Tage planmäßig ausgelöst und erfolgreich durchgeführt wurde. Die Vereinigten Staaten erkannten drei Tage später die neue Regierung an und unterzeichneten am 18. November den erstrebten Vertrag mit dem Bevollmächtigten der neuen Republik, der niemand anders war als der Franzose Bunau-Varilla.

Zusammenfassung und Zitate nach Bemis, S. 508 ff.

## Das Protektorat über Nikaragua

**67** „In Nikaragua wirkten, wie in San Domingo und Haiti, die strategischen Interessen der amerikanischen Diplomaten und

die finanziellen der Banken Amerikas zur Herbeiführung erst einer diplomatischen und dann einer militärischen Intervention zusammen. Die strategischen Erwägungen bezogen sich hauptsächlich auf eine Operationsbasis für die Marine der Vereinigten Staaten in der Fonseca-Bucht und, was noch wichtiger war, auf eine Kanalstrecke quer durch Nicaragua zwecks Ergänzung der aus dem Panama-Kanal entstandenen Vorteile...“

Die Regierung Zelaya wurde beschuldigt, daß sie sich dem Versuch der USA widersetze,

ihren Herrschaftsbereich durch Erwerbung der Fonseca-Bucht und des Kanalwegs auf Nicaragua auszudehnen, und Versuchen amerikanischer Geschäftsinteressenten, sich in der Republik festzusetzen. 1909 brach eine Revolution gegen Zelaya aus. Sie wurde durch Alfonso Diaz finanziert, einen Beamten in Bluefields der La Luz y Los Angeles Mining Company, einer amerikanischen Gesellschaft...

Es folgten nun revolutionäre Wirren, in deren Verlauf Diaz zunächst Vizepräsident, dann im Jahre 1911 Präsident der von den Vereinigten Staaten unterstützten revolutionären Regierung wurde.

*Scott Nearing und J. Freeman, Dollardiplomatie. Deutsche Übers. 1927, S. 227 ff.*

Nach der militärischen Intervention zugunsten des Präsidenten Diaz wurde im August 1914 der Bryan-Chamorro Vertrag abgeschlossen. In ihm wurde nicht nur das „Netz von Anleihen“, mit dem das Land inzwischen überzogen worden war und wofür es den größten Teil seiner Zölle und gewisser Steuern sowie 51 % seiner Eisenbahnwerte hatte hergeben müssen, anerkannt, sondern auch die seit langem erstrebte Konzession für einen Kanalbau durch das Gebiet von Nicaragua gewährt. So wurde Nicaragua doch ein Protektorat.

### **Die amerikanische Fernostpolitik**

Um die Jahrhundertwende begann das Riesenreich China mit etwa 400 Millionen Einwohnern, unerschöpflichen Bodenschätzen und gewaltigen Möglichkeiten wirtschaftlicher Durchdringung die Phantasie und Unternehmungslust der Imperialisten aller Länder mächtig zu reizen. Sie bildeten infolgedessen die neue Technik der „Interessen- und Einflußsphären“ aus, um sich ihren Anteil bei der Aufteilung der Wirtschaftsgebiete zu sichern. Als der chinesisch-japanische Krieg (1894–96) die Ohnmacht des Reiches der Mitte offenbart hatte, zwangen ihm die imperialistischen Mächte die Konzessionsverträge auf, die im Zusammenhang mit dem geplanten Bau großer Eisenbahnlinien und der Sicherung bevorzogter Handelsbeziehungen standen. In den Kampf um die Konzessionen traten die Vereinigten Staaten nach dem Erwerb der Philippinen mit ihrer aus-

gedehnten pazifischen Seeküste ein. Sie wollten keine strategische Basis in China erwerben, aber die beträchtlichen Vorteile sichern, die sich ihrem Handel und ihren Banken im Fernen Osten darboten. Das ist der Sinn der Politik der „Offenen Tür“, in der die Grundsätze der amerikanischen Fernostpolitik zusammengefaßt wurden.

Die Politik der Offenen Tür. Diese Politik wurde von dem Staatssekretär Hay in mehreren Noten, die im Laufe des Jahres 1899 ergingen, und vor allem in dem Rundschreiben vom 3. Juli 1900 an Großbritannien, Rußland, Deutschland und Japan entwickelt. In diesem Rundschreiben wurden die Mächte aufgefordert, dabei mitzuwirken, daß

**68** dauernder Friede und dauernde Sicherheit für China gewährleistet, daß die Unversehrtheit Chinas an Landbesitz und Oberhoheit erhalten, daß alle Rechte, die freundschaftlich gesinnte Mächte auf Grund von Verträgen und internationalem Recht besitzen, geschützt würden, und damit im Interesse aller der Grundsatz gleichberechtigten und parteilosen Handels mit sämtlichen Gebieten des chinesischen Reiches sichergestellt bleibe.

*Nearing u. Freeman, Dollardiplomatie, S. 67*

Natürlich war der Zweck dieser Grundsatzklärung, den amerikanischen Geschäftsleuten in einer Zeit, in der die Aufteilung Chinas und vor allem der Mandschurei rasche Fortschritte machte, freien Handel und Wettbewerbsmöglichkeiten zu sichern. Die Mächte leisteten dem Grundsatz der „Offenen Tür“ Lippendienste, ließen sich dadurch aber in der Verfolgung ihrer Sonderinteressen nicht stören. Im Gegenteil. Sie nutzten den Boxeraufstand mit ihrer militärischen Intervention dazu aus, um die Herrschaft über ihre Interessengebiete weiter zu festigen. Und der russisch-japanische Krieg (1905–1906) trug dann besonders dazu bei, den Grundsatz der „Offenen Tür“ zum alten Eisen der humanitären Grundsätze des Liberalismus zu werfen.

Präsident Roosevelt zur Aufteilung der Mandschurei. Der Präsident, der als Vermittler auftrat,

**69** erkannte schon 1905 ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Rußland und Japan in diesen Gebieten (= der Mandschurei) als wünschenswert an, .. ja, er äußerte die Meinung, man dürfe keineswegs bei den Japanern die grundlose Befürchtung aufkommen lassen, daß man ihre Interessen in der Mandschurei bedrohen wolle. Auch wenn sie eine Politik einschlugen, die die Amerikaner nicht billigen könnten, könne man sie daran nicht hindern, außer wenn man einen Krieg führen wolle, der „eine so gute Flotte wie die englische und dazu ein so gutes Heer wie das deutsche erfordern“ würde...

*George F. Kennan, Amerikas Außenpolitik 1900–1950 (1952), S. 56*

Infolgedessen fanden die Vereinigten Staaten sich mit der Aufteilung der Mandschurei unter Russen und Japaner und mit der Errichtung der japanischen Vorherrschaft auf Korea ab und suchten dann ihre Interessen durch Sonderabkommen mit den Japanern zu wahren. Besonders aufschlußreich war der Plan der Harriman-Gruppe, eine „Round the World“-Bahn zu entwickeln und in ihrem Rahmen eine Bahn durch die Nachbargebiete der Südmandschurei oder in China zu bauen. Diese Projekte scheiterten, da Rußland und Japan von dem Bau von Konkurrenzbahnen nichts wissen wollten. Das amerikanische Finanzkapital kam dennoch zu seinem Ziele.

#### Die Vier-Mächte-Anleihe zur Sanierung der Mandschurei

**70** Am 15. April 1911 wurde ein Übereinkommen der Bankinstitute der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs abgeschlossen, das die Sanierung der mandschurischen Währung und Hebung des Landes durch eine Anleihe betraf... Als Sicherheit sollten die Banken der vier Mächte ein Pfandrecht erwerben an der Tabaksteuer, den Produktions-, Verbrauchssteuern und der Salzabgabe... Dieses drastische Abkommen ist bekanntgeworden unter dem Namen: Chinesische Währungsanleihe. Es bildete eine neue Etappe in der Eroberung des chinesischen Finanzwesens... Wie ersichtlich, sahen die amerikanischen Banken nichts Arges darin, die Politik der Offenen Tür, die sich ihnen so nützlich erwiesen hatte, preiszugeben, als andere Mächte den Versuch machten, sich ein Monopol zur Nutzbarmachung der Mandschurei zu verschaffen. Rußland und Japan protestierten gegen... dies Monopol und forderten Beteiligung zu gleichen Bedingungen.

*Nearing und Freeman, Dollardiplomatie, S. 84*

Das wurde ihnen nach der chinesischen Revolution zugestanden; aber nach seinem Amtsantritt entzog Präsident Wilson der amerikanischen Gruppe die amtliche Unterstützung, so daß sie aus dem Anleihekonsortium auschied. Der Weltkrieg schuf dann eine andere Konstellation, in der im Mai 1916 eine Zweiganstalt Morgans einen Anleihevertrag mit der chinesischen Regierung zum Zwecke des Umbaus des großen Südkanals abschloß. Im Herbst 1917 folgte dann noch ein Geheimabkommen mit Japan, das praktisch auf eine Abgrenzung der Interessensphären der beiden Mächte hinauslief. Daß Japan durch weitere Geheimabkommen sich die Vorhand sicherte und dann auf der Friedenskonferenz Amerikas Politik der Offenen Tür ad absurdum führte, ist der logische Abschluß der hier skizzierten Entwicklung und eröffnet die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges.

## Inhalt

	Seite
<b>Erster Teil: Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen des Imperialismus im Spiegel der Statistik (1-6) . . . . .</b>	<b>3</b>
<b>Zweiter Teil: Die Haupttypen des Imperialismus</b>	
<b>I. Der britische Imperialismus</b>	
7-11 Das Sendungsbewußtsein . . . . .	6
12-14 Spielarten des Imperialismus . . . . .	10
15-18 Umbau des Empire u. Entwicklung zum Commonwealth . . . . .	12
<b>II. Der russische Imperialismus</b>	
19-21 Das Sendungsbewußtsein . . . . .	15
22-24 Die panslawistische Orientpolitik . . . . .	18
25-26 Die russische Fernostpolitik . . . . .	19
27-29 Die Rückwendung nach Europa und die neuslawische Befreiungspolitik . . . . .	21
<b>III. Der französische Imperialismus</b>	
30-33 Das Sendungsbewußtsein . . . . .	24
34-36 Die Gründung des modernen Kolonialreiches . . . . .	27
37-39 Die Marokkopolitik . . . . .	30
40 Über die französischen Kriegsziele . . . . .	32
<b>IV. Der deutsche Imperialismus</b>	
41-45 Das Sendungsbewußtsein . . . . .	34
46-49 Deutsche Afrikapolitik . . . . .	39
50-52 Die China-Expedition und die zweite Flottenvorlage . . . . .	41
53-55 Die Orientpolitik und die Bagdadbahn . . . . .	43
56-57 Über die deutschen Kriegsziele . . . . .	45
<b>V. Der amerikanische Imperialismus</b>	
58-62 Das Sendungsbewußtsein . . . . .	48
63-64 Grundsätze der Politik des „Großen Stocks“ und der Dollardiplomatie . . . . .	51
65-67 Die mittelamerikanische Protéktoratspolitik . . . . .	52
68-70 Die amerikanische Fernostpolitik . . . . .	54

Zur raschen und sicheren Orientierung sind alle Quellentexte fortlaufend numeriert. Die Ziffern der Quellen, die auf einer Doppelseite beginnen, erscheinen jeweils am Kopf der rechten Seite und sind so beim Durchblättern des Hefes leicht zu finden. Die Seitenzahlen stehen gegenüber, am Kopf der linken Seite. Auch dem Inhaltsverzeichnis sind die Ziffern der Quellentexte den Kapiteln bzw. ihren Unterabschnitten beigegeben worden.

## Quellen- und Arbeitshefte zur Geschichte und Gemeinschaftskunde

### Stand der Sammlung

#### Kleltbuch

- |      |                   |   |
|------|-------------------|---|
| 4225 | Bayer, E.         | Das Zeitalter des Hellenismus   |
| 4203 | Kampe, O.         | Die römische Republik   |
| 4209 | Kampe, O.         | Die römische Revolutionszeit  |
| 4205 | Wilsing, N.       | Die römische Einheitskultur der Kaiserzeit                              |
| 4228 | Christ, K.        | Die Römer in Deutschland  |
| 4252 | Classen, P.       | Rom und Byzanz von Diokletian bis zu Karl d. Großen                     |
| 4207 | Leuschner, J.     | Das Reich des Mittelalters  |
| 4211 | Leuschner, J.     | Die Kirche des Mittelalters   |
| 4206 | Grunwald, A.      | Die naturrechtliche Staatsanschauung der katholischen Kirche            |
| 4239 | Bornkamm, H.      | Luthers Bild in der deutschen Geistesgeschichte                         |
| 4213 | Koch, G.          | Das Staatsdenken im evangelischen Christentum                           |
| 4249 | Rabe, H.          | Katholische Reform und Gegenreformation                                 |
| 4235 | Albers, D.        | Der europäische Absolutismus  |
| 4202 | Wilmanns, G.      | Friedrich der Große im Urteil der Mit- und Nachwelt                     |
| 4237 | Angermann, E.     | Der Aufstieg der USA, Teil I, 1607-1914                                 |
| 4238 | Angermann, E.     | Der Aufstieg der USA, Teil II, 1914-1957                                |
| 4227 | Hartig, P.        | Die Französische Revolution   |
| 4254 | Hartig, P.        | Die französische Revolution im Urteil der Zeitgenossen und der Nachwelt |
| 4218 | Conze, W.         | Die Preußische Reform unter Stein und Hardenberg                        |
| 4244 | Franz, G.         | Deutsche Agrargeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart             |
| 4231 | Köllmann, W.      | Die »Industrielle Revolution«   |
| 4226 | Paulsen, I.       | Christlicher Sozialismus und staatl. Sozialpolitik                      |
| 4201 | Seifert, H.       | Die Deutsche Frage 1848-49  |
| 4214 | Muth, H.          | Die Grundrechte in der deutschen Verfassungsentwicklung von 1800-1949   |
| 4204 | Wittram, R.       | Die Nationalitätenkämpfe in Europa                                      |
| 4263 | Meyer, E.         | Deutschland und Polen 1772-1914   |
| 4253 | Neander, I.       | Der Panslawismus  |
| 4232 | Bußmann, W.       | Die auswärtige Politik des deutschen Reiches unter Bismarck 1871-90     |
| 4208 | Bußmann, W.       | Bismarck im Urteil der Zeitgenossen und der Nachwelt                    |
| 4219 | Zimmermann, L.    | Der Imperialismus   |
| 4222 | Zimmermann, L.    | Deutschland und die großen Mächte 1918-1932                             |
| 4242 | Conze, W.         | Der Nationalsozialismus, Teil I, 1919-1934                              |
| 4243 | Conze, W.         | Der Nationalsozialismus, Teil II, 1934-1945                             |
| 4259 | v. Westphalen, L. | Geschichte des Antisemitismus in Deutschland                            |
| 4241 | Mielcke, K.       | Historischer Materialismus. Die Lehren von Karl Marx                    |
| 4229 | Brökelschen, W.   | Die bolschewistische Staatsphilosophie                                  |
| 4233 | Krapp, B.         | Bauernnot in Rußland und bolschewistische Revolution                    |
| 4223 | Anweiler, O.      | Die russische Revolution 1905-1921                                      |
| 4261 | v. Rauch, G.      | Machtkämpfe und soziale Wandlungen in der Sowjetunion 1923-1961         |
| 4256 | Bodensieck, H.    | Probleme der Weltpolitik 1945-1962                                      |
| 4247 | Bauer, W.         | China. Vom Kaiserstaat zum Kommunismus                                  |
| 4251 | Rothermund, D.    | Der Freiheitskampf Indiens  |
| 4215 | Ansprenger, D.    | Kolonisierung und Entkolonisierung in Afrika                            |

Weitere Hefte in Vorbereitung